

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 8 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Brunnenstr. 8/6,
und durch Postverkäufer zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei im Haus M. 2.95,
wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Telephon
Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Polysdon
Expedition 1206.

Nr. 100.

Freitag, den 30. April 1909.

20. Jahrgang.

Sineingefallen.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Konferenz der bürgerlichen Parteien, die am Dienstag Abend im Reichstag abgehalten wurde, war eine Falle, die von den Konservativen der Regierung gestellt war und in die Herr Sydow blindlings hineinfuhr. Herr von Normann hatte dem Schatzsekretär eine Konferenz der Parteiführer mit Ausschluß der Sozialdemokraten vorgeschlagen und Herr Sydow ging auf diesen Vorschlag ein, obwohl er sich hätte sagen können, daß auf einer solchen Konferenz die Anhänger von der Regierung vorgeschlagenen Erbschaftsteuer in der Minderheit und jedes festen Rückhalts beraubt sein würden. Damit hatten aber die Konservativen offenbar gerade das Gegenteil und sie mußten auch, daß ein Staatssekretär, der auf der Beziehung von Sozialdemokraten zu einer Konferenz besteht, in Preußen-Deutschland unmöglich ist. Hätte Herr Sydow, gleichviel mit welcher Begründung, verlangt, daß Sozialdemokraten eingeladen werden müßten, so hätte ihm wohl schon am Tage darauf ein Telegramm aus Korfu verkündet, daß er ausgedient habe, Staatssekretär zu sein. Halberweise ließ sich Herr Sydow sogar von der illegalen Kommission des antisozialdemokratischen Kumpfparlamentes zum Vorsitzenden wählen, und nun mußte er erleben, daß sich vor seinen Augen unter dem Vorwande der Förderung der Reichsvertzuwachssteuer eine feste Mehrheit gegen ihn und seinen Erbschaftsteuerplan zusammenschloß. Die Konferenz erklärte sich ohne Abstimmung in ihrer großen Mehrheit für den konservativen Antrag auf Einführung einer Reichsvertzuwachssteuer, obwohl dieser Antrag von Herrn Sydow, Herrn von Rheinbaben und dem Reichsbankpräsidenten Habenstein in stundenlangen Ausführungen mit guten Gründen bekämpft worden war.

Ueber den Verlauf der Konferenz wird berichtet:

Auf Einladung des Vorsitzenden der konservativen Fraktion von Normann fand im Reichstage eine inoffizielle Verhandlung zwischen Führern aller bürgerlichen Parteien und Regierungsbekanntem über den konservativen Antrag, die Vertzuwachssteuer an Stelle der Erbschaftsteuer zu setzen, statt. Es erschienen waren etwa 20 bürgerliche Abgeordnete; die Sozialdemokraten waren nicht eingeladen, und als ein Nationalliberal fragte, warum man diese Partei übergangen habe, erhielt er keine Antwort. Von der Regierung waren anwesend: Sydow, Rheinbaben, eine Anzahl Räte des Reichsschatzamt und der Reichsbankpräsident Habenstein. Sydow wurde zum Vorsitzenden bestimmt. Den alleinigen Gegenstand der Besprechung bildete der konservativ Antrag. Die Freisinnigen lehnten eine sachliche Beratung ab und als trotz ihres Widerpruches doch in die sachliche Beratung eingetreten wurde, enthielten sie sich jeder weiteren Teilnahme. Der Staatssekretär Sydow erklärte für die Regierung, daß sie der Vertzuwachssteuer nicht unjüngfräulich gegenüberstehe, indes sei der jetzige Zeitpunkt für die Schaffung einer solchen Steuer nicht geeignet, da sie langwieriger Vorarbeiten bedürfe. Es sei notwendig, eine sofort erhebliche Steuer zu schaffen. Als solche könne nur die Erbschaft- oder Nachlasssteuer in Frage kommen. Der Reichsbankpräsident Habenstein wandte sich ebenfalls nachdrücklich gegen die Vertzuwachssteuer. Eine solche Steuer auf Wert- und Dividendenpapieren sei einfach unmöglich. Die Abgeordneten Raab (Antisemit) und von Camp (Reichspartei) sprachen sich sympathisch über die Vertzuwachssteuer aus. Polen, Nationalliberale und Freisinnige äußerten sich nicht zur Sache, dagegen gab zum Schluß Abgeordneter Spahn im Namen des Zentrums die überraschende Erklärung ab, daß keine Fraktion einstimmig beschlossen habe, auf den Boden des konservativen Antrages zu treten, um dadurch die Erbschafts- oder Nachlasssteuer überflüssig zu machen.

Das Ergebnis dieser antisozialdemokratischen Finanzkonferenz ist also: glatte Niederlage der Regierung, Festigung des schwarz-schwarzen Blocks und Verschleppung der Reichsfinanzreform. Denn daß in dem konservativen Vertzuwachssteuerorschlag eine endgültige Lösung der „Beststeuerfrage“ zu erblicken sei, kann kein Mensch glauben. Der konservativ Vertzuwachssteuerorschlag hat in dieser Beziehung eine fatale Ähnlichkeit mit dem berühmten Biermännerkompromiß, es ist ein leichtsinnig zusammengewürfeltes Dilettantenstückchen, für das niemand ernstlich die Verantwortung übernehmen möchte. Ganz wie das Biermännerkompromiß hat er nur taktische Bedeutung, er soll als Notgerüst dienen, aber nicht um den alten Block, sondern um die neue koalitierte Opposition zusammenzuhalten. Und daß der Reichsschatzsekretär Sydow bei der Zimmerung dieses Gerüstes noch Handlangerdienste leistete, ist der Humor von der Geschichte.

Die Konservativen jubeln, daß ihnen der Streich gelungen ist, und die „Kreuzzeitung“ schließt ihren Bericht mit diesen Worten höhnischen Triumphes:

Wenn die Fraktionen die Erklärungen ihrer Vorstände reifizieren, so ist eine Mehrheit für die Reichsvertzuwachssteuer und gegen die Erbschaftsteuer vorhanden. Der Block scheidet sich endgültig in dieser wirtschaftlichen Frage, wie längst vorauszu sehen war, und auch mit dem Kulturblock ist es nichts.

Die blockfreisinnige „Voll. Ztg.“ stellt im Gegensatz zur „Kreuzzeitung“ die Behauptung auf, daß die Reichspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung bisher keineswegs für den konservativen Plan, die Erbschaftsteuer durch eine Vertzuwachssteuer zu ersetzen, gewonnen seien; ohne diese Parteien verküßten die Konservativen und das Zentrum selbst

dann nicht über die Mehrheit, wenn ihnen die Polen Gefolgschaft leisteten. Immerhin kommt auch sie zu dem Schlusse:

Eine Regierung, die nach all ihren Erklärungen auf die Erbschaftsteuer verzichtete, wäre politisch unmöglich. Wenn Herr Sydow sein Haupt unter dieses laubdunkle Loch bringt, so macht er sich zum Kinder des Vols. Also was wird er tun? Vielleicht weiß er es selbst nicht. Vorläufig wird ja wohl das Schicksal des konservativen Antrages in der Finanzkommission, vielleicht auch im Plenum, abgewartet werden? Und dann? Wenn dann wirklich die Erbschaftsteuer abgelehnt wird? Was wird dann aus der Finanzreform? Ist die Regierung nicht entschlossen, für diesen Fall den Reichstag aufzulösen gegen Konservative und Zentrum, so kann sie getrost den Degen einstecken. Wer nicht den Glanz hat zu siegen, hat den Felzug im voraus verloren.

Heute, Donnerstag, muß sich ja das weitere in der Finanzkommission entscheiden. Die sozialdemokratische Fraktion hat schnell zugegriffen und den konservativen Plan einer Vertzuwachssteuer benutzt, um damit die Genussmittelsteuern, die den breiten Massen aufgehaßt werden sollen, zu vermindern. Sie bringt heute folgenden Antrag in der Kommission ein:

Die Kommission wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, als Ersatz für die vorgeschlagenen indirekten Steuern auf Lebens- und Genussmittel:

1. a) eine Gesetzesvorlage anzuarbeiten, die eine Besteuerung des Wertzuwachses bei Grundstücken und Wertpapieren zum Gegenstand hat;
- b) Gesetzesvorlagen anzuarbeiten, die die Einführung einer qualifizierten, progressiven Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer zum Gegenstand haben;
2. die Gesetzesvorlagen über die Nachlasssteuer und das Erbrecht des Staates zunächst zur Beratung zu stellen.

Dieser Antrag wird den Konservativen, noch mehr aber den Liberalen einige Kopfschmerzen bereiten und sie vor wichtige Entscheidungen stellen.

Es sah nämlich wieder einmal so aus, als ob die angekündigte Erbschaftsteuer überhaupt nicht das Licht der Welt erblicken sollte, man sieht und hört von ihr ebensovienig, wie von den übrigen Ersatzsteuern, die der Reichstag nach dem Diktat des Fürsten Bülow bis Frühlings angenommen haben soll, obwohl sie bisher nicht einmal im Entwurf festgestellt sind. Die Regierung befindet sich anscheinend auf dem Rückzug in der Richtung zum schwarz-schwarzen Block. Dieser Auffassung gibt die „Nationalzeitung“ Ausdruck, indem sie den folgenden Marinaruf ausstößt:

Wie wir erfahren, betrachtet man in Regierungskreisen nach den gestrigen Erklärungen den Block als ausgeschaltet. Voraussetzlich die Reichsfinanzreform mit den Konservativen und mit dem Zentrum gemacht werden, da man einen Appell an die Wähler nicht für zweckmäßig hält. Die Erbschaftsteuer wird als aussichtslos aufgegeben und statt dessen wird das Branntweinmonopol nach einem Kompromiß zwischen Konservativen und Zentrum in erster Linie als Hauptfinanzquelle herangezogen, ebenso wie die Reichsvertzuwachssteuer (besonders auf Wertpapieren, an deren Annahme im Reichstag nach der neuen Konstellation nicht zu zweifeln ist).

Fürst Bülow spaziert — das ist der Sinn der Meldung — mit Grazie aus der Blockfalle heraus, der Liberalismus aber bleibt drin sitzen, und die Klappe schlägt zu. Ob die „Nationalzeitung“ damit recht prophezeit, dafür möchten wir allerdings keine Garantie übernehmen. Es sind liberale und konservative Hände am Werke, Bülow mit in der Falle zu halten und der Ausgang dieser Kackbaerei ist so ungewiß als je. Vorläufig steht Bülow noch mit den Liberalen gegen die Vertzuwachssteuer. Wie er morgen steht — wer kann es sagen?

Start gegen die Beamten.

Nach langer Osterpause trat am Dienstag das preussische Herrenhaus wieder zusammen, um die Besoldungsvorlagen zu verabschieden. Die scharfen Angriffe, die vor mehreren Wochen an gleicher Stelle gegen die Beamten gerichtet worden waren und das Echo, das diese Angriffe auf der großen Beamtenversammlung in Berlin gefunden hatte, standen im Mittelpunkt der Debatten. Die Auseinandersetzungen hierüber hatten die Beamten in großer Zahl nach dem Hause der Herren geleitet. Sie kamen auf ihre Rechnung, denn es wurde ihnen herausfordernd war, daß man annehmen konnte, sie richte sich gegen sozialdemokratische Arbeiter. Der Mann, der sie hier, war Preußens früherer Reichsminister Herr von Rheinbaben. All die Leute, gegen die sie sich richtete, waren köstlich preussische Staatsbeamte, die zu opponieren gewagt hatten. Herr von Rheinbaben ist bekanntlich mit der Mehrheit des Herrenhauses über wichtige Fragen beim Behrersbesoldungsgesetz in Konflikt geraten. Er glaubte wahrscheinlich, diesen Streit dadurch verfeinern zu können, daß er förmliche Besoldungsbedingungen bei den allerfeinsten Beamten ausstöße, indem er unerhörte Angriffe gegen die Beamten richtete und parlamentarische Verfahren gegen ihre Besoldung anforderte. Natürlich trieb nach seiner Behauptung die Regierung nur so von Wohlwollen für die Beamten und als Beweis dafür führte Herr v. Rheinbaben die Gesamthöhe der Millionen

an, die zur Deckung der jetzt vorgenommenen Gehaltserhöhungen erforderlich sind. Das ist die gleiche Methode, mit der man die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung im Uebermaße lobt. Nur vergißt man dabei, daß hier auf den einzelnen Arbeiter und dort auf den einzelnen Beamten nur sehr wenig entfällt, und vor allem vergißt man, daß gerade die Gehaltserhöhungen der großen Masse der Unterbeamten verschwindend minimal genannt werden müssen. Alle Anträge unserer Partei, die hier einlegten, und die den Unterbeamten etwas mehr geben wollten, wurden vom „Antibeamtensold“ abgelehnt. Das Wort stammt nicht von uns, sondern war auf dem Beamtentag gebraucht worden. Da Freiherr v. Rheinbaben die Tatsache eines solchen Zusammenarbeitens aller bürgerlichen Parteien hinter den Kulissen nicht ableugnen konnte, ging er zum Angriff gegen die Beamten über und suchte in die Beamtenschaft einen Keil zu treiben. Natürlich spielte auch in seiner Rede das Wort von der „geloderten Disziplin“ eine große Rolle. Der Berichtsfalter der Kommission ging darüber hinaus und nannte die Beschlüsse des Beamtentages eine „Vergewaltigung“ des Landtages. Wie ungerechtfertigt alle „Beschränkungen“ sind, geht daraus hervor, daß die Redner auf dem Beamtentag in oft geradezu unangenehmer Weise sich mit der Kreuzen zu Kaiser und Reich brühten und daß sich der Beamtentag als solcher auch mit der Besoldungsvorlage zurückfällig begnügt hat.

Aber so geht es eben in Preußen sohlen und Königs- treuen Beamten, die es wagen, eine andere Meinung zu haben, als der Regierung genehm ist. Nach der Starckmann-Rede des Herrn v. Rheinbaben verzichteten alle die Herren, die man sich auf dem Beamtentag vorgenommen hatte, auf das Wort und so wurde sofort in die Spezialberatung eingetreten. Daß man über die Unterbeamten nicht ein Wort verlor, kann nicht wunder nehmen, denn vom sozialistischem Herrnhans war in dieser Beziehung etwas anderes nicht zu erwarten. Dafür unterließ man sich stundenlang über die Frage, ob die Professoren an der Berliner Universität heute nicht zu viel Kollegengelber beziehen. Reichliche Kollegen aus der Provinz, meist unbedeutende Konservative, deren Namen man nicht allzu häufig hört, hatten den Antrag gestellt, die Professoren an allen preussischen Landesuniversitäten gleich zu stellen. Die Debatte benutzten einige Redner zu den bekannten Ausfällen gegen die Berliner Universitätsprofessoren, die zu sehr in den politischen Tages- streit herabsteigen. Weil die Professoren Wagner, Debrüd und andere für die Nachlasssteuer eingetreten sind, dafür kürzten nun die Agrarier ihnen die Kollegengelber. Die hauptsächlichste Rolle spielten dabei wohl jene Herren aus der Provinz, die in eigener Sache nur wiederholt das Wort ergriffen.

Wie unter den Arbeitern gibt es natürlich auch unter den Beamten noch eine ganze Anzahl ängstlicher Elemente, denen das Herz in die Hosen fällt. Die Berliner Beamtenvereinigung und Herz in die Hosen fällt. Die Berliner Beamtenvereinigung und die sicher, daß der „Verband deutscher Beamtenvereine“ und die zu diesem gehörige „Berliner Beamten-Vereinigung“ bei diesen Versammlungen nicht beteiligt gewesen seien, da für diese Beamtenorganisationen die Erörterung politischer Angelegenheiten sachungsmäßig ausgeschlossen sei. Auch der Verband mittlerer Reichs-, Post- und Telegraphen-Beamten versichert, sich nicht offiziell an dem Beamtentage beteiligt zu haben, die zum Wort gekommenen Post- und Telegraphenbeamten hätten nicht im Auftrage der im Verbands zusammengeschlossenen mittleren Beamten- schaft gesprochen. — Die Angst um die Existenz dürfte es in erster Linie sein, welche die Vorstände zu diesen Ausfällen veranlaßt.

Nicht überall scheint man die Absichten der Regierung gegenüber dem Beamtentage richtig erfasst zu haben. Aus Halle wird jetzt gemeldet, daß die Beteiligung der Beamten an dem Beamtentage in Berlin unter ausdrücklicher Genehmigung der Behörden stattfand. Dort wurden die Beamten der Eisenbahnverwaltung direkt aufgefordert, soweit sie dienstfrei sind, an der Tagung teilzunehmen; es wurden ihnen sogar Freikarten nach Berlin zur Verfügung gestellt! Hoffentlich geschieht dem Eisenbahnpräsidenten nichts, nachdem sich das Blatt gewendet.

Zu der Meldung von den Maßregelungen im Postbeamten- verbande gefolgt die Nachricht, daß der Regierungspräsident v. Dollega-Kozierowski, der während der Affäre Schilling auf einen nicht ganz freiwilligen Urlaub ging, sein Amt wieder angetreten habe. Es kommt also auch hier, wie es kommen mußte, der liberale Schilling geht, der reaktionäre Junker von Dollega bleibt. Im Abgeordnetenhause zeigt sich der Ministerialdirektor Schwachkopf ungehört als eigentlicher Herr des Kultusministeriums. Aus Schleswig-Holstein kommt jetzt gar die Nachricht, daß das Ministerium des Innern jene Behörden, die in ihrem Bereiche die Abhaltung von Manifestationen genehmigten, zur Abschaffung hierüber gezwungen habe. So ist überall die ängstliche Reaktion Trumpf, als Ergebnis einer dreißigjährigen W-Regierung des bürgerlichen Liberalismus.

Politische Uebersicht.

Als Fürsorgegesetz für Schnapsbrenner wählt sich mit dem Fortschreiten der Kommissionsberatungen immer mehr das neue Branntweinsteuergesetz aus.

Der gesamte Alkoholbedarf des Reiches wird mit rund 4 Millionen Hektoliter berechnet. Diese Menge soll auf die brennenden Branntweinerzeuger verteilt werden und zwar unter Regimentsbelegung der Mengenz, die sie in den Jahren 1897 bis 1906 erzeugt haben (Durchschnittsbrand). Sie haben dafür eine gestaffelte Besteuerungsanfrage zu entrichten, die bis zu 10 Mk. pro Hektoliter bei einer

Produktion von 2000 Hektoliter Weizen. Was aber diesen Durchschnittsbrand hinan berechnete wird, soll bei gewöhnlichen Brennereien mit mindestens 18 Mk. bei landwirtschaftlichen Brennereien mit mindestens 18 Mk. pro Hektoliter extra belastet werden. Der Zweck dieser Bestimmung ist, die Spiritusproduktion in gewissen Grenzen zu halten, um ein Sinken der Preise zu verhindern. Eine große Brennerei wird für Ausbeutung ihrer Produktion dreimal bestraft:

1. überschreitet sie ihr Kontingent und hat für diese Menge statt 18 Mk. pro Hektoliter 18 Mk. pro Hektoliter Steuer zu entrichten,
2. steigt progressiv mit der Produktion die Belastung durch die Verbrauchssteuer,
3. wird der Durchschnittsbrand überschritten, was mit einer besonderen Abgabe von 18 bis 22 Mk. pro Hektoliter bestraft wird.

Ein Vertreter der Regierung erklärte rund herum, daß auf diese Weise verhindert werden soll, daß eine Anzahl großer Brennereien zu viel Branntwein erzeugen, und damit den rückständigen landwirtschaftlichen Brennereien Konkurrenz machen. Konservativen und Zentrum traten eifrig für diesen Schutz der Schnapsbrenner ein; der Freisinn wandte sich dagegen. Abgeordneter Dr. Sadekum bedachte diese Praktiken schonungslos auf und hob hervor, daß sie nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als den Ertrag des abgelebten staatlichen durch ein privates Produktionsmonopol.

Dieselben Konservativen, die den Kampf gegen den Rohlenzehrung führen, finden es ganz in der Ordnung, daß der Spiritusring gesellig fundiert wird.

Eine Effigsteuer — das ist es, was dem deutschen Volke noch gefehlt hat, aber jetzt nachgeholt werden soll. In den Entwurf des Branntweinsteuergesetzes ist nämlich ein § 107 hineingekommen, der besagt, daß Effig-Essenz, die aus dem Holzessig gewonnen wird, zu Speisewegen nicht mehr verwendet werden darf.

Die Essig- und Holzessigfabrikanten erblicken in der Effig-Essenz-Industrie eine rechtliche Konkurrenz. Für die Verleitung dieser Industrie sühnte man, dann ins Feld, daß an dem Genuß von Effig-Essenz bereits Menschen gestorben seien. Das ist richtig, hat aber auch aufgehört, seitdem der Bundesrat entsprechende Vorschriften für den Verkehr mit Effig-Essenz erlassen hat. Der Wunsch der Konservativen und der Holzessigfabrikanten geht dahin, die Verwendung der Essig- und Holzessigfabrikanten zu verbieten und die Holzessigfabrikanten zu entschädigen. Die Holzessigfabrikanten haben sogar bereits erklärt, die Kosten der Entschädigung aufzubringen.

Gegen diese Bestrebungen wandten sich nicht nur die Vertreter der Einzelstaaten, sondern auch Sozialdemokraten, Zentrum und Freisinnige. Wenn die Verwendung von Effig-Essenz verboten wird, dann ist ein Kartell der von sehr Konkurrenz befreiten Holzessigfabrikanten, die darin von der Spirituszentrale unterstützt werden, nur noch eine Frage der Zeit. Das bedeutet eine Vertreibung des Effigs.

Abg. Sadekum wandte sich besonders gegen den Vorschlag, die Effig-Essenz-Industrie mit einer Sondersteuer zu belegen; sie müßte in der Folge zu einer Effigsteuer führen. Die ganz unhaltbare Forderung wurde von den Konservativen gleichwohl verteidigt und bei dieser Gelegenheit entschloß sich dem konservativen Abgeordneten Dietrich das Schändliche, daß die Konservativen noch immer auf das Branntweinmonopol rechnen. § 107 wurde schließlich abgelehnt.

Im Anschluß daran wurden aber zwei Resolutionen angenommen, deren eine vom Zentrum, die andere von den Konservativen eingebracht war und die darauf hinstielen, mit den Holzessigfabrikanten ein privates Übereinkommen betr. Belastung der Essenz mit einer Steuer zu treffen. — Die Vergütung für vollstän dig vergällten Spiritus wurde auf 18 Mk. für ausgeführten Spiritus auf 9 Mk. festgesetzt. Ausgeführter Spiritus bleibt von der Verbrauchsabgabe befreit. Damit bekommt das Ausland den Spiritus billiger als wie die deutschen Verbraucher.

Die Kieler Wahlrechtskämpfe. Am Dienstag Abend kam es im Kieler Rathaus wieder einmal zu einer Wahlrechtsdebatte.

Zur Beratung stand der Antrag des Magistrats, eine Kommission aus drei Magistratsmitgliedern und sechs Stadtverordneten zu wählen, die das Gesetz der 18 bürgerlichen Stadtverordneten an den Magistrat, den städtischen Kollegien alsbald eine Vorlage zu unterbreiten, durch die die Bestimmungen des Wahlgesetzes der Stadt Kiel über die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung geändert werden, prüfen sollten. Gegen den Willen der bürgerlichen Mehrheit, aber veranlaßt durch die kluge Taktik der sozialdemokratischen Vertreter, kam es zu einer lebhaften Wahlrechtsdebatte. Die bürger-

lichen Vertreter und der Magistrat hatten die Absicht, den Beschluß, eine Kommission zur Prüfung des Antrages der 18 Stadtverordneten zu wählen, ohne auf den Antrag selbst einzugehen, durchzuführen. Der Antrag sagt überhaupt nicht klar, was geschehen sollte, und ließ sowohl eine Senkung als auch die Einführung der Wahlrechtsabgabe offen. Aber unsere Genossen Rindfleisch, Adler, Riendorf und Cappel hingen der Frage die Schelle um. Sie trieben die bürgerlichen Vertreter so in die Enge, daß sie aus dem Pusch heraus mußten. So erfuhr man denn, daß es sich um die Einführung von Bezirkswahlen handelt. — Wie sich die Herren diese denken, geht aus der Versicherung des Bürgermeisters Lindemann hervor, der erklärte, das Ziel des Antrages sei, auf ordentlichem Wege das zu erreichen, was durch den Antrag des Magistrats im Monat März auf dem Wege der Gesetzgebung nicht erreicht werden konnte. Genosse Adler erklärte darauf treffend, daß der Antrag des Magistrats im Monat März die Etablierung der Klassenwahl in der Gemeinde bezwecke. Herr Lindemann als jetzt zugestanden habe, daß jetzt die Klassenwahl auf ordentlichem Wege durchgeführt werden solle.

Unsere Genossen erklärten sich schließlich für die Wahl der Kommission, jedoch mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß sie in der Kommission nicht für die Befestigung der Klassenwahl, sondern für die Befestigung noch bestehender Ungerechtigkeiten und in erster Linie für die Herabsetzung des im Jahre 1892 erhöhten Wahlertrags eintreten werden. Gegen jede Bezirkswahl, die das jetzige Wahlrecht ungleicher gestalten würde, würde sie die gesamte Bevölkerung wieder in Bewegung setzen. Der Antrag auf Wahl einer Kommission wurde schließlich einstimmig angenommen.

Gegen die unabhängigen Steiger. Wegen Zeugnisverweigerung in der Raddab-Angelegenheit wurde der Vorsitzende des Steigerverbandes, Werner, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Werner hatte nach seiner Vernehmung an den Handelsminister das Schreiben gerichtet, sein Versprechen, die Arbeiter, die infolge ihrer Aussagen vor den Privatgerichten entlassen würden, in den Staatsprüben zu beschäftigen, auch auf die Steiger auszu dehnen. Da der Minister dies aber ablehnte, weigerte sich Werner, die Namen der Beamten zu nennen. Deshalb wurde er in die erwähnte Strafe genommen! Entweder existenzen auf Spiel setzen oder Bestrafung, das ist die Wahl, die der Staat dem Steiger stellt!

Eine künstlich gemachte Landwirtschaftsgebung für die Liberalen. In Frankfurt a. M. tagte eine vom nationalen Verein einberufene „Konferenz liberaler Landwirte“. Die von Landwirten aus verschiedenen Teilen Deutschlands besuchte Tagung nahm folgende Resolution an: „Die vom nationalen Verein für das liberale Deutschland einberufene landwirtschaftliche Konferenz spricht den liberalen Reichstagsabgeordneten aller Fraktionen gegenüber die Erwartung aus, daß sie an der Forderung einer Nachlass- oder Erbschaftsteuer unter allen Umständen festhalten. Es ist unwahrscheinlich, daß der Bund der Landwirte behauptet, daß dadurch die Landwirtschaft ruinirt würde. In dem die liberalen Landwirte ihre selbstverständliche Vereinnahmung betonen, für die Befestigung der Finanznot unseres Vaterlandes die notwendigen Opfer zu bringen, sprechen sie sich zugleich gegen jede Weinsteueraus.“

Die Steuererhöhung erreicht einen ungeahnten Grad — der Ragenjammer wird dementsprechend anfallen.

Die vorläufige Entscheidung über die Tabaksteuer ist am Mittwoch in der Subkommission der Finanzkommission des Reichstages gefallen. Die Subkommission beschloß, unter Zurückhaltung der alten Zoll- und Steuerlage einen Wertzuschlag zu diesen Zoll- und Steuerlagen zu erheben. Welche Höhe dieser Zoll- und Steuerzuschlag erhalten soll, darüber wurde eine Entscheidung noch nicht getroffen. Es soll erst festgestellt werden, wie hoch der Ertrag sein würde, wenn etwa ein Zuschlag von 10 Prozent in Frage käme. Die Sondersteuer ist demnach endgültig abgelehnt.

Budgetkommission und Beschwerderecht der Offiziere. Die Gewährung einer Alterszulage der Offiziere soll nach einem angenommenen Antrage Erzberger dann besagt werden können, wenn gegen sein dienstliches und außerdienstliches Verhalten erhebliche Anklagen vorliegen. Gegen diese Verfassung soll der Beamte das Recht der Beschwerde an die oberste Reichsbehörde haben. Diefelbe Bestimmung soll nach einem weiteren Antrage Erzberger auch für Offiziere und Unteroffiziere mit der Maßgabe gelten, daß für sie das Kriegsministerium die Beschwerdebefugnis übernimmt. Die Vertreter des Kriegsministeriums, weil sie eine Forderung der Disziplin durch ein solches Beschwerderecht sähen. Die Abstimmung wurde auf Wunsch des Kriegsministeriums ausgesetzt.

Der Landtag des Herzogtums Anhalt lehnte die Anträge der Freisinnigen und Sozialisten auf Anstellung staatlicher Grubenkontrollen ab und verwarf die Zustimmung auf die Einführung eines Reichsberggesetzes. Ferner lehnte er die national-

liberalen und sozialdemokratischen Wahlrechtsanträge ab. Dagegen nahm der Landtag einen von den Freisinnigen und Sozialdemokraten ausgehenden Antrag an, wonach die geheime Stimmausgabe bei Wahlen zu Gemeindevertretern auf dem Lande eingeführt werden soll.

Russenverfolgung. In der in Dresden bevorstehenden Gerichtsverhandlung gegen russische Studierende wegen Geheimbündelei wird noch geschwieben: Es befinden sich bis jetzt allein im Dresdener Untersuchungsgefängnis 23 russische Gefangene, die der Geheimbündelei dringend verdächtig sind. Auch die Berliner Politische Partei nimmt an der Voruntersuchung Anteil. Richtig wurde noch ein der Berliner Polizei schon seit längerer Zeit verdächtiger Russe in Dresden verhaftet. Die in Dresden und in Berlin verhafteten Russen unterhielten lebhaften Verkehr mit dem in der Schweiz etablierten russischen Hauptquartier. Die gesamte Korrespondenz soll in die Hände der Polizei gefallen sein.

Ausland.

Der Wiederzusammenritt des österreichischen Abgeordnetenhauses. Das Abgeordnetenhause ist am Dienstag wieder zusammengetreten. Der Ministerpräsident und der Minister des Innern wurden von den Tschekisch-Radikalen mit anhaltenden Ausrufen und Ausrufen empfangen. Der Präsident des Hauses verlas eine Zuschrift des Ministeriums des Innern, betreffend die Verhaftung zweier sozialdemokratischer Abgeordneter bei einem Streikaufruf in Wien. Das Haus beschloß Uebertretung der Angelegenheit an den Verfassungsausschuß.

Der Handelsminister erklärte in Beantwortung einer Interpellation, die Regierung verharre auf dem der preussischen Regierung bekannt gegebenen Standpunkte, daß Oesterreich mit Rücksicht auf die durch die geplante Einführung von Schiffahrtsgesetzen so liberale gefährdeten Interessen der österreichischen Schiffahrt gezwungen sei, an den durch das Übereinkommen vom 22. Juni 1870 zugesicherten Rechten festzuhalten.

Ministerpräsident Freiherr von Bienerth führte aus, die hauptsächliche Frage sei erledigt und die Friedenszweck wiederhergestellt. Das deutsch-österreichische Bündnis hat sich als besonders glanzvolles Instrument in europäischen Konflikten erwiesen und wird, wie es seit dreißig Jahren die wirksamste Friedensgarantie bildet, diese Aufgabe auch in Zukunft erfüllen. Der Ministerpräsident betonte beglückwünscht der Türkei, welche neuerlich der Schauplatz erster Ereignisse sei: Es fehlt an jeder Grund zur Einnischung. Wie bisher liegen wir den Wünschen des osmanischen Reichs als starkes, selbständiges Staatswesen zu sehen.

Der Ministerpräsident hofft, daß trotz aller Schwierigkeiten die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Serbien zu einem den Interessen beider Teile entsprechenden Ergebnisse führen werden, und betonte, die Monarchie wolle mit allen Balkanstaaten in Freundschaft und Frieden leben und habe nur einen Schrei, sich auf dem Balkan alle Möglichkeiten der kulturellen Betätigung offen zu halten. Zum Schluß betonte der Ministerpräsident, daß die Regierung, getreu der christlichen Absicht, einträchtig mit dem Parlamente zusammenzuarbeiten, an das Haus appelliere, zunächst die mit der Annexion zusammenhängenden Angelegenheiten zu erledigen. Der Ministerpräsident hob die Notwendigkeit der Erledigung des Staatsvoranschlags hervor, worauf er auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Reform der Geschäftsordnung hinwies. Die Abschaffung der nationalen und sprachlichen Gegensätze erweise sich als Volks- und Reichsnotwendigkeit.

Wahlfrage in Italien. Am vergangenen Sonntag hatte im Wahlkreis Peskarolo eine Nachwahl stattgefunden. Es ist das der Wahlkreis des Genossen Visolati, der bei den Hauptwahlen bekanntlich hier und in Rom gewählt worden ist. Er akzeptierte für Rom, weshalb für Peskarolo eine Neuwahl notwendig wurde. Gewählt ist nun der Genosse Cabrini, der früher einen Mailänder Wahlkreis vertrat, sein Mandat seiner Zeit wegen der Mailänder Partei-Zwistigkeiten niederlegte. Visolati hatte bei den Hauptwahlen am 7. März 5408 Stimmen auf sich vereint. Cabrini brachte es am Sonntag auf 3570 Stimmen. Mit Cabrini steigt die Zahl der sozialistischen Kammer-Deputierten auf 43.

Eine weitere Ergänzungswahl wurde in Rom vollzogen. Dort standen sich der Demokrat Leone Gaetani und der „Moderierte“ Gabrielli gegenüber. Für Leporetti stimmten auch die Republikaner. Trotzdem fiel der Sieg Gaetani zu, der 2227 Stimmen erhielt, während Gabrielli es nur auf 1109 brachte.

Ausweisung französischer Postbeamten. Für Montag war in Brüssel ein großes Meeting für die Beamten der Post, Telegraphie und Eisenbahnen geplant. Hierzu wurde eine Delegation französischer Postbeamten, die bei dem letzten Streik mitgewirkt hatten, erwartet. Als diese am Brüsseler Südbahnhof eintrafen, wurden sie nach dem Polizeiamt beordert, wo ihr mitgeteilt wurde, daß sie auf Anordnung des Justizministers mit dem nächsten Zuge nach Frankreich zurückzukehren hätten. Mittlerweile hatte die Verammlung begonnen. Die Nachricht von der Ausweisung rief stürmische

Die Schafotte.

Erzählung aus der englischen Revolutionszeit.
Von E. Reichenhauser.

Hier blühte der Bewahrer vom Kaminfeuer auf, und sein bläuliches Gesicht, von dem er die Schatten der Schwermut verdrängte, schaute sich am den Früher beständig, frag er mit höflichem Tone: „Ist das auch so ganz süß, was Ihr die Güte habt, uns vorzutragen, Mr. Fyler? Hat man Euch mit diesem Wamwamschlag nicht falsch berichtet?“

„Falsch berichtet?“ — rief hitzig der Krämmer. „Ich will sagen, daß der Krämmer unserer rein kalvinischen Kirche, freie Forschung und ungehindertes Urteil nach persönlicher Ueberzeugung ein Erlaßener ist, ich will abschwören, daß die Hände der Heiligen, „Kollonnen“, „Kreuzer“ und „Gemeinen“ — womit das protestantische Scherzwort dem halbapostrophischen England glanzvoll verleiht, heilbar sind zur Rettung ungeres zeitlichen und ewigen Seelenheils, findet sich nur eine Stütze in meinen Worten nicht der freigen Wahrheit gemäß. Ach, Guter Herr — der Krämmer drang auf einen Augenblick sein Gesicht in die Tiefen des dampfenden Glases — was werdet es Euch erwidern? Sagt mir, daß Ihr keine Idee habt von dem London, das Ihr vielleicht unter einem ruhigen, jenseitigen Hilde verlaßt. — Wenn ich erst den ganzen Scherz meines Witzes entziffern wollte! Die juchharen Geheimnisse an den Tag legen, die mir, vermöge meines Verstandes, aus dem Königlichen Palast so gut bekannt sein können, wie aus jedem anderen, und vielleicht mein hochverehrter Genosse — auch wirklich bekannt ist?“

„Ich bezweifle nicht Eure Weisheit“, versetzte mit dem leuchtenden Ausdruck verheerter Jovine der Ritter. „Ihr geht nicht mit der Feder, das gewahrt sich auf den ersten Blick, aus Euren Worten erhebt sich der wackerste englische Bürger, dessen richtige Richtung, reges Gefühl für Gerechtigkeit, und eigenartige Ueberezeugung der erworbenen politischen Rechte das Herz des Patrioten höher schlagen macht, und mit dem freudigen Gange erfüllt, unter dem Drucke Englands das Lagerfeuer erlischt zu lassen. Demnach möchte ich es Euch nicht sonderlich zuzuschreiben haben, das man bei London und Paris ohne zwischen dem Grund zu befragen.“

Der Ritter hatte mit erschütterter Aufmerksamkeit den wackeren Mann der Schafotte des ersten Krämmer herüber die

er behnte und freude sich und blies sich auf auf seinem Seffel, drückte den Hut trotzig auf das rechte Ohr und sprach: „Dank Euer Ehren, Dank für die den Bürgern Englands ausgedrückte herzliche Achtung. Es leben die Edlen, welche in diesen Zeitläuften der beglücktesten Kirchen- und Königtums Tyrannie sich als treue Vaterlandsfreunde kundgeben! Nach dem Zorn der Löwen und Panther trage ich keine Scham. Kein edler Engländer unternimmt etwas gegen Recht und Gesetz — und tut er's, so unterwirft er sich ohne Murren der gesetzlichen Strafe. Aber nicht die gesamten Schätze Indiens, und nicht die gehäuteten Daunen der spanischen Inquisition sollen meinen Mut so weit erniedrigen, das zu betheuern, was den tiefsten Unwillen des Landes erregt — nein, das solltet ihr nicht, in alle Ewigkeit nicht!“

Der Krämmer bekräftigte seinen mannhaften Entschluß durch einen ritterlichen Trunk und fuhr fort: „Der Herzog ist ein Schamozug. Sprüch, erwähnt, bezeichnet das Gesetz Schranken, die mit dem Willen des Landes genährt werden sollen? Der König liegt über das gar wenige Geld, welches die Gemeinen ihm in achtzig Jahren Tributjahres besteuern, und der Herzog beschämt er nicht der Gumpelganz an Fracht, Uebigkeit und Verschwendung? Scheint es nicht, als sei der königliche Schatz nur darum da, um von dem Gumpelmeister aller Wohlspinnung, dem Kaiser der Kaiser, dem Patron aller Spieler, Schlemmer und Hochmutstheil mit frechen Räubergriffen geplündert zu werden? Welche über Dänemarks und seine Verteidiger und Beschützer! In seinem unglücklichen Handeln befindet sich die Leistung des Erben dieses glorreichen Thrones und Landes. Das kann das Lamm von dem Wolf, was die Larve lernen vom Hahnen und Geier? Bitte Wägen verzeihen sich schon an ihrem Gerüche. Seht die unglückliche Pappgenosse dieses jungen Mannes Karl! Auf seiner sie erhebeten Sinne laßt Ihr die spanische Tyrannie und das bläuliche verkappte freisinnig-übertriebene Papientum, in seinen nächsten Wägen findet Ihr den heimlichen Stoll über die gegenwärtigen Fesseln; in seiner ersten, zurückweisenden Haltung prüft sich die jetzige Bewahrung aus gegen alle Trambenstände der Wahrheit, welche die Apostel der neuen Lehre von Zeit zu Zeit den Kindern Deutschlands in das Ohr schmettern. Darin frommer Ehrgeiz, büßen erhebt, heilige Familienleiter, glückliche Jünglinge bei der Betrachtung ihrer Bestrafung verweilen? Wie, von den Majestäten herab, manniglich in Trambenstand lag, wie den Lautes die Kletter zerren, die Welt mit Wägen pfannengeheißt oder mit der Schere über dem Feuer abgekümmert werden; wie man die Richter ausstößt und ein Fallstrick los wird, als wären die Geister ihnen

schändlichen Sabbat? Und wer steht hinter diesem allem? Der diamantensparkende Herzog, der Rubel Eisen, der den Reiche diebhaber des schönsten Weibes von England steht dahinter. Tod und Verderben auf sein Haupt! Wäre mein Los, morgen vor die Schranken der fürchtbaren Sternkammer berufen zu werden, so rufe ich heute laut und feierlich: Tod und Verderben auf sein Haupt!“

Der Sprecher hielt inne, um Atem zu schöpfen, und der Ritter sprach: „Sind viele in der wackeren Missethat, deren Gesicht diesen mutigen Klang von sich gibt, wie das Gurige, Mr. Fyler?“

Es lag etwas in dem Tone des Edelmannes, was den Krämmer fesselt machte; er geriet in einige Verwirrung, starrte in solcher den Ritter an, griff nach dem Glase, und erwiderte mit fühlbarer Unsicherheit des Tones: „Ich glaube — ich denke — ich bin überzeugt — ja. Was ich spreche, ist nicht gegen das Gesetz, nicht Hochverrat am König. Uebrigens die Herbe richtet sich nach dem Stabe ihres Sirten. Der Lord-Mayor ist unstrittig ein besserer Kenner der Gesetze, als wir von Markt zu Markt rennenden Handelsleute, und ich spreche mich an seinem Beispiele. Ihr werdet begierig sein zu erfahren, welches Beispiel der Herrsche der Stadt uns in einem höchst bedenklichen Falle gab? Des Königs Wagen rollten eines Sonntags mit solcher Verachtung gegen die vorgeführte Anbachtsteter, und mit solcher unanständigen Lofen durch die Straßen, daß sie der Lord-Mayor, ein frommer Diener der Religion, anhalten und seufzen ließ. Diesen Schritt des Beamten nahm Jakob Abel, und rief: „Ich dachte, es gäbe in England nur einen König!“ Zugleich befohl er, daß den Wagen freie Fahrt gegeben würde. Da erwiderte der Lord-Mayor stummlich: „Der König hemmt mich an der Ausübung meiner Pflichten gegen Gott; ich gehorche, und erfülle meine Pflicht gegen den König.“ Hiermit war der König das zufrieden, machte ihm tausendfache Komplimente, überschüttete ihn mit Gnaden- und Süßbezeugungen. Kein Fall mit dem Herzoge ist ganz der ähnliche — bei dem Banner Englands, Euer Ehren, ganz der ähnliche.“

„Ich möchte Euch vollkommen bei!“ — versetzte der Edelmann — „und ich sehe aus dem Nachbarn Eurer Rede, mit welcher Gründlichkeit der Herzog verfaßt ist. Und was tut der König, dem es doch, wie bekannt, nicht an Geld fehlt und Geldmangel, um den Maßgriffen und Unbesonnenheiten seiner Günstlinge, Ratgeber und Beamten in der Meinung des Volkes entgegenzuwirken?“

(Fortsetzung folgt.)

Proteste hervor. Der Vorsitzende meldete, daß belgische Kameraden an Stelle der französischen sprechen würden. Als die Reden gehalten waren, teilte er mit, daß die beiden Sprecher doch Franzosen seien, der eine habe in Paris, der andere in Lille beim Streik der Postbeamten mitgewirkt. Die Reden waren der belgischen Polizei entschuldigend. Diese Nachricht rief natürlich große Heiterkeit hervor, die beiden Genossen wurden sodann von ihren belgischen Kameraden nach dem Bahnhof geleitet.

Stadtverwaltungen und die Maiseier. Der Gemeinderat von Brüssel hat auf Antrag unserer Genossen den Beschluß gefaßt, am 1. Mai die öffentlichen Schulen zu schließen und dem städtischen Personal frei zu geben. Dieser Beschluß wurde mit 20 gegen 18 Stimmen gefaßt. — Im Gen' er Gemeinderat wurde dasselbe beschloffen. Hier stimmten 14 Sozialisten und Radikale dafür, die 9 Radikalen waren dagegen, während die 18 Liberalen sich der Abstimmung enthielten.

Die internationale Frauenkonferenz ist am Montag in der Londoner James Hall von Frau Garrett Fawcett eröffnet worden. Sie stellte mit, daß 15 Länder, darunter fast alle europäischen Nationen, vertreten seien. Auch aus Amerika, Australien und Neuseeland waren Delegierte erschienen. Die sozialistischen Frauen Englands wurden durch Frau Snowden vertreten. Die Konferenz war mit einer großen Demonstration nach dem Hyde-Park eingeleitet worden.

Die französischen Postbeamten beweisen Rückgrat. Einige von ihnen, welche von dem Direktor des Personals empfangen wurden, um sich über ihre Neußerungen in den letzten Versammlungen zu rechtfertigen, weigerten sich, der Aufforderung des Direktors Folge zu leisten. Sie erklärten, daß diese Angelegenheit mit ihrem Dienst in keinem Zusammenhang stehe. Der Direktor hat hierauf sofort einen Bericht an den Unterstaatssekretär für Post und Telegraphie gefaßt, den dieser dem Minister: Pothou unterbreiten wird. Nach der Prüfung des Staatsrats Clementon wird sich der Ministerat mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. April.

Öffentliche politische Versammlung.

Sonnabend, den 1. Mai, Vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Große Mai-Versammlung.

Referent: Gewerkschafts-Sekretär Philipp.

Der Einberufer: E. Neulirch, Friedrichstr. 67.

* Sonnabend erscheint keine Volkswacht! Wir bitten unsere Leser, davon Kenntnis zu nehmen, daß wegen des Maternfestes der Arbeit am Sonnabend keine „Volkswacht“ erscheint, da Redaktion und Expedition an diesem Tage ihre Porten geschlossen halten und die Arbeit ruhen lassen.

* **Maibeitrag.** Der Nürnberg-er Parteitag 1908 hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.“

Zur Ausführung dieses Beschlusses hat die Breslauer Maiseier-Kommission beschlossen, daß die Beiträge sämtlich an einer Stellnämlich beim Kassierer Genossen Herrmann im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstr. 5, abzuliefern sind und ein gemeinschaftlicher Maiseierfonds errichtet wird.

Die Maiseier-Kommission.

* Die Schlußfolgerungen in der „Breslauer Zeitung“ sind sehr E. E. darüber, daß wir ihr Verunsichern an Salondagen des Anzuges gebührend verpöbeln haben. Sie reden sich unter dem üblichen Wimmelwort damit heraus, daß sie erklären, daß die Notiz „auch von anderen hiesigen Blättern abgedruckt worden“ sei. Na, werfen denn die schwerfälligen Deutschen in der Vertenstraße immer noch nicht, daß das ja gerade das Bedeutendste an der Sache ist, daß die für die schweiß-mehelnd-organischen Blätter bestimmte Notiz auch in der „Freiwilligen“ Breslauer Zeitung steht? Wenn solche Notizen im Blatte des Paltors Mische oder in den hochpostulierten-Verantwortlichen Tante von der Kottrede stehen, ähneln wie sie ja auch nicht. Dort sind sie etwas alltägliches. Aber wenn sie noch kurz vor dem Auseinanderfallen des Blattes in einem Blatte erscheinen, das sich als linksprechend ansprechen läßt, so fordert das doch zum Spott und Hohn heraus. Übrigens: Wir lesen zwar auch sämtliche übrigen Breslauer Blätter, haben aber die Notiz in keinem einzigen gefunden. Ja, wir glauben auch heute noch, daß die Welt um die wichtige Nachricht von den heruntergelassenen Vorhängen betrogen worden wäre, wenn nicht die Reporter der „Breslauer Zeitung“ auf dem Posten gewesen wären!

* **Achtung, Wächter!** Da der nächste Jahrtag auf den 2. Mai fällt, so wird er wegen der hiesigen Maiseier auf den nächsten Sonntag, den 9. Mai, verlegt. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

* **Achtung, Kammer und Hilfsarbeiter!** Wegen der am Sonntag stattfindenden Maiseier fällt unsere Versammlung aus, dieselbe findet acht Tage später statt. Der Jahrtag fällt ebenfalls weg. Die Kollegen werden daher ersucht, recht zahlreich an den Mai-Beranstaltungen teilzunehmen. Treffpunkt: Sonntag früh 9 Uhr bei Pölsing, Reichenstraße.

* **Achtung, Metallarbeiter!** Die Hauskassierer-Abrechnung erfolgt Freitag Abend von 5-8 Uhr im Bureau, Schwerstr. 4.

* **Achtung, Banarbeit!** Den kranken Kollegen, welche Unterstützung beziehen, zur Kenntnis, daß die Auszahlung dieser Gelder am Sonnabend, den 1. Mai, nur Vormittags von 7-9 Uhr erfolgt. Von 9 Uhr ab bleibt das Bureau geschlossen.

* **Achtung, Schneider!** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß wegen der Maiseier der Jahlabend auf Freitag, 30. April, verlegt wird. Auch bleibt am 1. Mai der Arbeitsnachweis geschlossen. Die Kollegen wollen dies beachten und sich zahlreich an den Mai-Beranstaltungen beteiligen.

* **Schulmachers-Versammlung.** Am Dienstag hielt der Verband die Quartalsversammlung ab. Genosse Th. Müller hielt ein Referat über das Thema: „Profit und Arbeit“, wofür er reichlichen Beifall bekam. Hierauf gab Gottwald den Kassen- und Geschäftsbericht. Für Arbeitslosenunterstützung wurden ausbezahlt 823 Mark, für Krankenunterstützung 1081 Mark, für andere Unterstützungen 293 Mark. Die Kassa hatte eine Ausgabe von 922 Mark. In die Kommissionsion wurde Erka neu gewählt. Ferner wies Gottwald auf den 1. Mai und die Mai-Beranstaltungen hin.

* **Der Barbierherr Joh. Jorek** erklärt in einem Schreiben an uns die von den Gefährten in der letzten Versammlung aufgestellte Behauptung, er hätte seinen Gehring eingeperrt, für unwahr.

* Eine Ausstellung von Tischlergesellenständen findet im zweiten Stock des Kunstgewerbemuseums vom 28. April bis zum 10. Mai statt, an der sich beteiligen bei der Preisverteilung der Arbeiter in der Holzindustrie anschießend Teilnahme beteiligen.

Die Ausstellung soll dem Publikum wieder einmal vor Augen führen, welche Höhe speziell die Kunstschlezer in Breslau erreicht hat.

* **Commer-Theater (Siebichs Etablissement).** Das ab 1. Mai gastierende Berliner Vaudeville Ensemble hat für seine diesjährige Tournee ausschließlich Kräfte erster Berliner Theater verpflichtet, die auf dem Gebiete der Schwanke Darstellung Spezialitäten bedürfen.

* Ein Droschker von seinem eigenen Wagen erdrückt. In einem Hofe des Hauses Lehmgartenstraße 81, der als Unterfunktionsplatz für Droschken benützt wird, wurde heute früh der Droschkenbesitzer Heinrich Siebiger unter der umgestülzten Droschke liegend tot aufgefunden. Da er noch am Abend um 11 Uhr froh und heiter in der Restauration von Wellisch in der Herdstraße gesehen worden ist, sich auch nicht erklären läßt, wie er, der gegen 8 Uhr von seiner Tour zurückgekommen war, unter die Droschke und wie sie umgestülzt ist, so vermuten die dortigen Bewohner, daß Siebiger einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Um 8 Uhr besichtigte die Polizei den Toten und die Unfallstelle, aber man hatte die Droschke bereits wieder aufgerichtet, so daß auch sie keine Erklärung für den Unfall finden konnte. Um 9 Uhr wurde die total zerbröckelte Leiche (der Wagen hat ein Gewicht von mindestens 15 Zentnern) fortgeschafft.

Ueber die vermeintlichen Ursachen des Unglücksfalles berichtet der Polizeibericht folgendermaßen: Siebiger hatte das Pferd, das im Hofe da-gestanden wurde, nach dem Wagen abgebannt, im Falle die Laterne anzugehen und war dann auf den Tritt der Droschke gestiegen, um vom Hof seinen Mantel herunterzuholen. Dabei hat sich, wie der Augenzeuge zeigt und wie zwei von Kriminalbeamten hinzugezogene Droschkensitzer bestätigen, der Unfall ereignet. (Dabei kann doch keine Droschke umfallen! — Red.) Die Droschke war mit der Gabelschleife, also auch mit den Vorderbeinen unter fast rechtem Winkel nach dem Eingang zur Wagenremise rechts herumgedreht. Bei der Beladung des Wagens durch Aufsteigen auf den Tritt schloß also das rechte Vorderbein, da es eben unter den Wagen gedreht war, diesen nicht mehr. Dazu kommt, daß die Schraube des Lenktrages bei dem schon alten Wagen sehr aus-gewirgt ist, daher beim Lenktrage einen Spielraum von etwa 8 cm läßt, so daß der obere Teil des Wagens sehr wacklig ist. Ferner befindet sich auf der rechten Seite beim Aufsteigen auf den Tritt belasteten Seite auch die 30 Pfund schwere Fahrpreisangeige. Alle diese Umstände haben zusammengekömmt, so daß die Droschke umstürzte und den Reiter unter sich begrub. Der Kopf der Droschke mit Laterne und Uhr ist dem Verunglückten auf dem Kopf gefallen, wodurch dessen Tod erfolgte. Zigarre und Hut lagen neben dem Kopfe des Toten, der vor seinem Tode erbrochen hatte. Man sieht an der Leiche auch, daß Wagens- und Hergegend mit bleuen Flecken bedeckt sind, während an äußeren Verletzungen sonst außer einer unbedeutenden Wundung an der Stirne, wahrscheinlich durch einen Glassplitter, nichts zu bemerken ist. Siebiger, der Lehmgartenstraße 54 wohnhaft ist und Frau und vier kleine Kinder hinterläßt, verlor die Droschke Nr. 164. In seinem Portemonnaie wurden 15,14 Mark vorgefunden, so daß ihm daran nach der Meinung der Seinigen nichts fehlte. Der Verunglückte war ein nüchternen Mensch und auch in der Unfallsnacht, wie die von ihm vorgenommenen Pantierungen beweisen, bei vollen Sinnen.

* In Feuergefahr befanden sich in der verflochtenen Nacht die Bewohner des Hauses Brigittenal 7. Dort war gegen 1 Uhr in der Kammer auf bisher unangefährte Weise Feuer ausgebrochen, das schnell um sich griff und Menschen und Tiere in Gefahr brachte. Da die Feuerwehr schnell zur Stelle war, konnte der Brand bald gelöscht werden. Trotzdem waren bereits eine Droschke, ein Fleischerwagen, ein Spagierwagen und allerlei Geräte total verbrannt. Erst nach 2 1/2 Stunden Arbeit konnte die Feuerwehr wieder abziehen.

Von anderer Seite wird uns darüber noch folgendes mitgeteilt: Dieses Grundstück besitzt ein Vorderhaus, Mittel- und Hinterhaus und hinter diesem befand sich ein großer massiver 1 1/2 Stock hoher Schuppen, in welchem ein Fleischer, 2 Droschkenbesitzer und ein Holzkleinhandwerker ihre Wagen, Betriebsgeräte, Vorräte von Heu und Stroh und verschiedenes Kleinvieh untergebracht hatten. In diesem Schuppen entstand um 1 Uhr Nachts auf bisher unangefährte Weise Feuer. Bei Anbruch der Feuerwehr brannte das ganze Gebäude lichterloh, und es wurde ein gewaltiger Rauch entwickelt, der, weil das überaus tiefe Grundstück zwischen den Häuserreihen der Sternstraße, der Hedwig- und Pfaffenstraße und von Brigittenal eingezwängt ist, seinen Abzug fand. Die Feuerwehr griff mit mehreren, von Hydranten gespeisten Schlauchgängen ein, und es gelang ihr nach stundenlangem Arbeit, die Flammen zu dämpfen. Einige Wagen, teilweise schon verbrannt, konnten aus dem Schuppen herausgedrückt werden, die Gerätschaften und Vorräte des Kleinholzhandwerkers dagegen, ferner eine große Anzahl Sägen und Hämmer, desgleichen alle Heu- und Strohvorräte sind den Flammen zum Opfer gefallen. Die Pferde der betreffenden Fuhrwerksbesitzer waren glücklicherweise in dem benachbarten massiven Hinterhaus, wo sich Stallungen befinden, untergebracht, sind also von dem Brande nicht berührt worden. Der Schaden an dem Schuppen, dessen massive Mauer natürlich stehen geblieben sind, wird auf gegen 2000 Mark geschätzt und etwa 3000 Mark Wert haben die übrigen verbrannten Gegenstände, darunter ein guter Landauer, gehabt. Nur der Holzkleinhandwerker ist nicht verunglückt geblieben.

* **Ein Buchhalter als Einbrecher.** Ein 19-jähriger aus Oberhiesien getommener Buchhalter, der sich bei einem Kürschner auf der Nikolaistraße eingenistet hatte und dort vorgab, auch hier in Breslau als Buchhalter in Dienst zu stehen und tatsächlich auch täglich ankommend in den Dienst ging, hat sich als Einbrecher entpuppt. Der Kriminalpolizei gelang es, zu ermitteln, daß der junge Mann in seinem Schrank Wäsche, Zigarren und andere Lederbissen aufbewahrt, welche von Einbrüchen auf der Rathhausstraße und auf der Bohrerstraße herrührten. Dort hatte er einer Kontiborei, hier einer Restauration Besuch abgestattet, indem er sich Abends in den Hof einschloß, in der Nacht eine Fenserscheibe eindrückte und so in die Geschäftsräume gelangte. Als zwei Kriminalbeamte ihn verhafteten, fanden sie bei ihm Einbruchswerkzeuge vor und der junge Mann gestand ein, vor einiger Zeit auch in Neugut ähnliche Geschäfte gemacht, dort auch so wie hier seinen Logiswirt um Wohnungs- und Kostgeld betrogen zu haben.

* **Gefunden** wurden einige Portemonnaies mit Inhalt, eine goldene Damenuhr mit Schleife, ein schwarzer Damenstragen, eine Pelzmütze, ein Paar Kinderschuhe, ein Paar schwarze Strümpfe, eine ungewaschene Herrenweste und eine Invalidenversicherungskarte. — Angestohlen ist dem Schultheißer Durlach, Weinstraße 24, ein Kanarienvogel.

* **Erhängt** hat sich am 28. d. Mts., Vormittags, eine Bekannte auf der Rathhausstraße. Sie befand sich in ihrer Wohnung ganz allein, so daß man die Umstände, die sie dazu veranlaßten, sich mittels einer Schnur an den Stubentür aufzuhängen, nicht kennt. Ihre Leiche wurde ins Leichenschauhaus gebracht.

* **Tod infolge Vergiftung.** Ein Arbeiter, der von seiner Frau getrennt lebt, wurde am 28. d. Mts. in seiner Wohnung auf der Klosterstraße tot auf dem Fußboden liegend aufgefunden. Eine daneben befindliche Flasche mit Tod läßt vermuten, daß er davon getrunken und an Vergiftung verstorben ist. Seine Leiche ist ebenfalls nach dem Leichenschauhaus gebracht worden.

Neueste Nachrichten.

Die Block-Klemme.

Berlin, 29. April. (S. L. B.) Wie in parlamentarischen Kreisen angenommen wird, dürfte Staatssekretär von Sydow zu Beginn der heutigen Sitzung der Finanzkommission im Reichstage den konservativen Antrag auf Einführung einer Wertzuwachssteuer als Ersatz für die Nachlasssteuer und Erbschaftsteuer im Namen der verbündeten Regierungen als unannehmbar bezeichnen. Vermutlich wird dann aus der Mitte der Kommission beantragt werden, von einer näheren Beratung des Antrages ab-

zusehen. Dieser Antrag dürfte voraussichtlich abgelehnt werden. (Siehe Leitartikel, Red. d. B.)

Berlin, 29. April. Die „National-Zeitung“ erzählt aus parlamentarischen Kreisen, daß der Reichskanzler gestern Abend die Führer der konservativen Partei, von Winterhagen, von Kormann und von Heydebrand zu einer Besprechung bei sich empfangen hat. Auch der Metzsch soll bei Blom gewesen sein.

Berlin, 29. April. (S. L. B.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist die Einladung zu der am Dienstag stattfindenden Konferenz der Fraktionsvorsitzenden sämtlicher bürgerlicher Parteien im Reichstage und von Vertretern der Regierung auf die Initiative des Reichskanzlers zurückzuführen, der den Vorsitzenden der konservativen Fraktion ersucht hat, Vertreter der bürgerlichen Fraktionen unter Ausschluß der Sozialdemokraten zu einer Sonderbesprechung über den Antrag Dietrich einzuladen, was dann auch geschehen ist.

Die Umwälzung in der Türkei.

Mit 8 Harem-Damen.

Konstantinopel, 28. April. Die Abfahrt des gekrönten Sultans erfolgte nicht auf einer Yacht, sondern in einem Sonderzuge. Dieser bestand aus fünf Salonwagen. Im ersten und letzten Abteil befanden sich Salonkoffer Gendarmen als Eskorte. Der Sultan erschien im Schrock. Mit dem Sultan reisten seine beiden jüngsten Söhne, acht Harem-Damen und ein kleines Gefolge. Abdul Hamid half galant jeder der Damen beim Einsteigen und bestieg als letzter den Zug. In Salonkoffer wird ihm eine einem reichen Privatmann Makini gehörende Villa angewiesen; ferner ist ihm eine monatliche Spionage von 50.000 Franks ausgesetzt worden.

Paris, 29. April. (S. L. B.) Nach Meldungen aus Salonkoffer ist Abdul Hamid gestern Abend 10 Uhr unter Führung Yehi Deys dort eingetroffen, von Gendarmen begleitet. Der Sultan verlegte sich, in ein bereit stehendes Automobil zu steigen und fuhr mit einem Wagen nach der ihm zur Wohnung bestimmten Villa Makini.

Konstantinopel, 29. April. (S. L. B.) Sultan Mohammed V. wird am Freitag in der Sophien-Moschee dem Salamil und der Sitzung im Parlamente beiwohnen.

Die besetzten Kreaturen.

Konstantinopel, 29. April. (S. L. B.) Der frühere Großvezir Kamil Pascha wurde auf Grund besitzenden Materials verhaftet.

Konstantinopel, 29. April. (S. L. B.) Wie verlautet, ist durch Aussagen von Gefangenen vom 4. Salonkoffer Jägerbattillon, die belamlich die Hauptmehrer waren, bewiesen, daß die Befestigungen von Samul Samul ausgingen. Die Soldaten sagten aus: Wir wissen, daß wir sterben müssen, wir wollen aber nicht als Mägen sterben. Das Geld ist uns indertret vom Sultan gegeben worden. Satd Pascha, sowie Kamils Sohn und Ismael Kemal waren erst die dritte Hand, durch welche die Summen für die Befestigungen gingen.

Vergeltung.

Konstantinopel, 29. April. (S. L. B.) In militärischen Kreisen besteht die Absicht den entthronten Sultan vor ein Kriegesgericht zu stellen. In diplomatischen Kreisen ist man dagegen bemüht, die Nachhader zur Milde sowohl gegenüber dem entthronten Sultan als dessen früheren Umgebung zu stimmen, da sonst Erregungen im Volke hervorgerufen werden könnten.

Bootskatastrophe auf der Donau.

Breßburg, 29. April. (S. L. B.) Ein Boot, in welchem sich 12 Arbeiter befanden, kippte plötzlich auf der Donau um. Vier Insassen sind ertrunken, die übrigen konnten sich retten.

Spandau, 29. April. (S. L. B.) In der Nähe der Geschäfts-gerei wurden gestern Abend aus einem der die Fabrik durchziehenden Abzugskanäle drei mit Striden aneinander gebundene Leichen eines Mannes, einer Frau und eines Kindes gezogen. Die Toten wurden erkannt als der 25-jährige Feizer Junge, die 26 Jahre alte Frau Pischmann und deren zwei-jährige Tochter. Liebesgram und die leicht auch finanzielle Sorgen waren die Ursachen der Tat.

Rom, 29. April. (S. L. B.) In Palalera, unweit Neapel, wurde die Leiche eines deutschen Seemannes an Land getrieben. Der Tot war mit Striden zusammengebunden, die Kleider waren mit Sand gefüllt und der Kopf mit Wunden auf. Der Seemann scheint das Opfer eines Verbrechens geworden zu sein.

Briefkasten.

Schriftliche Auskunft wird uns ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion: **Wochentags von 12-1 Uhr Mittags.** **Bezirksamter.** Die Ferdinand Lassalle-Gesellschaft Stifftung gibt Darlehen und Alterspensionen an Arbeiter und Handwerker. Alles Nähere erfahren Sie im Magistrats-Bureau IX, Blücherplatz 14 II.

Konstantinopel, 29. April. (S. L. B.) Die Abfahrt des gekrönten Sultans erfolgte nicht auf einer Yacht, sondern in einem Sonderzuge. Dieser bestand aus fünf Salonwagen. Im ersten und letzten Abteil befanden sich Salonkoffer Gendarmen als Eskorte. Der Sultan erschien im Schrock. Mit dem Sultan reisten seine beiden jüngsten Söhne, acht Harem-Damen und ein kleines Gefolge. Abdul Hamid half galant jeder der Damen beim Einsteigen und bestieg als letzter den Zug. In Salonkoffer wird ihm eine einem reichen Privatmann Makini gehörende Villa angewiesen; ferner ist ihm eine monatliche Spionage von 50.000 Franks ausgesetzt worden.

Versammlungen und Feste.

- Gewerkschaftshaus.** Donnerstag, den 22. April: Sängerbund. Generalprobe. Großer Saal. „Frohmann“ Gefangenen. Zimmer 2. Bäcker. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung. Zimmer 6. Bibliothek. Abend. Zimmer 7.
- Freitag, den 30. April: Krankenkasse der Brauer und Mäher. Versammlung. Zimmer Nr. 2.
- Sonnabend, den 1. Mai: Versammlung. Vormittags 10 Uhr. Großer Saal. Mai-Feier. Abends 8 Uhr. Großer Saal.
- Sonntag, den 2. Mai: Kammer. Nachmittags 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 1.
- Sozialdemokratischer Verein Breslau (Saub).** Neumarkt.

An die Distriktsleiter! Die Abrechnung der Distriktsleiter soll laut Beschluß der Generalversammlung vom 12. Juli 1908 allmonatlich erfolgen. Die esuchen daher die Distriktsleiter, welche noch nicht abgerechnet haben, dies bis 1. Mai zu erledigen. Der Vorstand.

Saub-Distrikt 8. Donnerstag, den 29. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder bei Genosse, Sauerstraße 17. Aufgabe der Karten zur Maiseier.

Der Distriktsleiter: Am Sonnabend, den 1. Mai Abends von 8 Uhr ab, feiert im Breslauer Landkreise in folgenden Pölsen folgende Veranstaltungen statt: **Derbain** bei **Poler**, **Garlichs** bei **Riebel**, **Stabelwits** bei **Th. Holz**, **Wieland** bei **Fuchs**, **W. Eichen** bei **Haye**, **Saub** bei **Philipp**, **Neumarkt**, **Silber** bei **Saub**.

Der neue Sultan.

Der neue Sultan, Mohammed V., soll geküchert haben. sein Wunsch sei, gemäß dem Scheriat und der Verfassung zu regieren. Er sei stolz darauf, der erste wirkliche Freiheitspapst zu sein.

Wie er Abschied nahm.

Am Samstag-Morgens hatte die Nationalversammlung die Abschiedsfeier gefeiert, aber festgestellt, daß sie über die Notwendigkeit des Thronwechsels einig sei. In der vergangenen Nacht begaben sich daher einige Offiziere...

Die Nationalversammlung beschloß, den Scheich ul Islam aufzufordern, die religiösen Formalitäten für die Absetzung des Sultans zu erfüllen. Hierfür wurde die Sitzung unterbrochen.

Wenn der Khalif der Gläubigen treue Untertanen in die Verbannung schickt, wenn er töten und mordet läßt, Anrühen und Meuterei unter dem Volke anrichtet...

Inzwischen wurde eine Deputation von Abgeordneten zu dem Thronfolger Reschad geschickt mit der Bitte, dem Rufe des Volkes Folge zu leisten. Reschad erwiderte, fühle sich glücklich, die Wünsche des Volkes erfüllen zu können.

Senat und Kammer begaben sich indessen in corpore in das Kriegsministerium, wo sich die gesamte Generalität mit dem Generalissimus Mahmud Schawket Pascha,

die Spitzen der Geistlichkeit, das Kabinett und andere hohe Beamte versammelt hatten. Gegen 3 Uhr erschien unter stürmischen Hochrufen der neue Sultan im geschlossenen Wagen, von den Abgeordneten des Parlaments begleitet.

Hierauf fand ein Ministerrat statt, in dem die offizielle Kundgebung über den Thronwechsel verfaßt wurde, die allen Ministern und den diplomatischen Vertretern des Auslandes telegraphisch übermittelt wurde.

Die Ansprache, die der abgesetzte Sultan Abdul Hamid an die Abordnung, die ihm seine Entsetzung verkündete, hielt, lautete ungefähr: Ich bin seit Erneuerung der osmanischen Konstitution nie vom Wege der Verfassung abgewichen.

Der Konstantinopeler Korrespondent des Daily Express telegraphiert, das ganze Privatleben von Abdul Hamid sei einschließlich der Zwölfe und vielen Geschenke, die ihm die europäischen Herrscher während seiner langen Regierungszeit verehrt haben, sei beschlagnahmt worden.

Über die Verhaftung Abdul Hamids liegen mehrere abweichende Darstellungen vor, die anscheinend viel phantastisch erkundenes enthalten. Der Konstantinopeler Korrespondent des Daily Telegraph sagt, daß die Abordnung, die zu ihm geschickt wurde, um ihm sein Schicksal zu verkünden, aus zwei Offizieren, zwei Senatoren und zwei Deputierten bestand.

Die Daily Mail gibt eine abweichende Darstellung, die weniger sentimental klingt. Danach war der Sultan nicht zu finden, als die Offiziere in den Palast kamen. Schließlich gelangte man zu dem Eingange des Harems und beratschlagte, was weiter zu geschehen habe.

ten haben ihn auf und trugen ihn in einem Wagen, der ihn unter starker militärischer Bedeckung nach dem Tcheraganpalast überführte.

Über die Befreiung Abdul Hamids verlaufen noch Einzelheiten: Abdul Hamid protestierte anfangs energisch gegen seine Befreiung, fügte sich jedoch schließlich dem unabwendbaren Beschluß und wurde sehr niedergeschlagen.

Entgegen den wiederholten Meldungen, daß Abdul Hamid nach Salonich gebracht sei, befindet sich der abgesetzte Sultan einer Aussage des derzeitigen Kammerherrn des neuen Sultans, Kabit Bey, zufolge jetzt noch in Jildis.

Der Mann, in dessen Person sich schließlich alles vereinigt hat, was der Entwicklung der Türkei Verderben brachte, ist jetzt ein ohnmächtiger Spielball in den Händen der Jungtürken.

Die Verfolgung der Reaktionäre.

Staatsrat Mulkhar Pascha, ein Sohn des früheren Scheich ul Islam, und andere Mitglieder der liberalen Union sind noch vor dem Thronwechsel verhaftet worden. Schulen und Bureaus sind geschlossen.

Stimmungsbilder aus Konstantinopel.

Ein Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ entwirft folgendes Situationsbild aus der Stadt am Goldenen Horn am Tage nach der Eroberung:

Die Waffen ruhen. Die Intelligenz hat, wie mir gestern ein hoher General jagte, im Kampfe mit der Furcht und Unwissenheit einen glänzenden Sieg errungen.

In Gesellschaft des Geheimrats Gelferich, des Direktors der Deutschen Bank, besuchte ich gestern die Kriegsschule in Bencalbi, dem Zentrum der gesamten Stadtoperation. Oberst Fehzi, der Direktor der Kriegsschule, erzielte uns aufs entgegenkommendste Aufschluß.

Während mir in der Kriegsschule waren, wurden die ersten entwaffneten Bataillone vom Jildisiosk dort eingeleitet. Stumm und resigniert schritten sie nach den ausgedehnten Kälen, die bereits 2000 Gefangene enthalten, darunter 100 Offiziere aus dem Mannschafsstande und viele Soldaten.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eine hochinteressante Radiumkur. Von einer bemerkenswerten Heilung eines Krebskranken mit Hilfe von Radium wird englischen Blättern aus New York berichtet. Es handelte sich um einen älteren Mann, der in das Flower-Spital aufgenommen wurde und an einem Krebsartigen Geschwür am Magen litt.

Aus aller Welt.

Der Schenkrampf einer Telephonistin. Einen seltenen Anfall erlitt vor einigen Tagen in Elberfeld eine auf der Zentrale des dortigen Rathhauses beschäftigte Telephonistin. Am Morgen zwischen 5 und 6 Uhr wurde die junge Dame wohl infolge von Uebermüdung von einem berartig heftigen Schenkrampf befallen.

hatte auch keine Möglichkeit zu sprechen oder telephonische Hilfe zu rufen. So mußte die Kranke trotz böser Schmerzen auf ihrem Polster bleiben, bis am Morgen eine Pufffrau kam, die schnell einen Arzt holte.

Der „kranke Mann am Bosporus“. Es wird heute vielfach angenommen, daß das häßlich gebrauchte Wort vom kranken Mann am Goldenen Horn eine persönliche Bezeichnung des jetzigen Sultans Abdul Hamid II. gewesen sei.

Azew. Es ist noch in aller Erinnerung, welchen Eindruck die Entlassung des „revolutionären“ Spitzels Awew hervorrief. Die ganze Leiter der menschlichen Empfindungen spielte mit — man war erstant, empört, überarrast, traurig, entsetzt und erschrocken.

Lavinenunglück in den Savoher Alpen. Aus Notha wird berichtet: Das italienische Tal von Notha ist mit dem benachbarten französischen Gebiet durch den 2183 Meter hohen Kleinen St. Bernhardpaß verbunden.

günstigen Schneeverhältnisse und schlechtem Wetter besonders eifrig patrouillieren müssen. Am 24. d. Mts. befanden sich zwei italienische Grenzsoldaten bei Schneetreiben auf einem solchen Streifgange und übertritten gerade ein festes Felsgehänge, als von oben eine Lawine losbrach.

Wie Kinder Tiere beneiden. Die englische Gesellschaft zur Förderung des Tiergutes hat ein Preis ausgeschrieben an Kinder zu erlassen, wonach sie sich über die Frage äußern sollten: In welcher Hinsicht führen Pferde, Kühe und Kagen ein glückliches Leben, und wieviel sind sie zu beneiden? Ein Kind schreibt: Kagen sind glücklich, weil man ihnen Futter gibt, das gut für sie ist, während unseres uns manchmal nicht bekommt.

der Verwundeten etwas höher geschätzt. Die Wunden schlugen auch in das Comidion-Hospital ein; drei Kranke wurden hier getötet. Die Operationen selbst auf Wagen des Tramway-Wagens und Fronttransporter.

Wegen die Abendstunden schien der Vorstoß der deutschen Botenschaft sich zu einem Feldlager umgestalten zu wollen. In kleinen Trupps von zehn bis zwanzig Mann zogen, aus Toppfand kommend, gefälligte Soldaten hinauf. Sie übergeben der in der Botenschaft seit morgens stationierten Nachrichtenabteilung ihre Gewehre und baten um Gnade. Sie wurden in einzelnen Trupps, wie sie kamen, dann in sicheren Gewahrsam transportiert.

Das „Berliner Tageblatt“ teilt noch mit: Die Mazedonier sind fast antikerthal und finden bei ihrem Vorgehen gegen die orthodox-reaktionären Sophisten die Unterstützung zahlreicher liberaler Sophisten und Ulemas. Bey Niall wurde, als er mit 3000 Mann Pera durchzog, enthusiastisch gefeiert. Es erlösten seine Rufe: „Hoch die Nation, nieder der Sultan.“

Die Märdenträger des Sultans, darunter der erste Sekretär des Sultans, Ali Dschewad Bey und der Oberstaatsminister Nail Pascha sind jetzt verhaftet, der letztere offenbar er als fälscher Mann bekannt ist. Der Flügeladjutant Schahir Pascha beging Selbstmord. Heute Abend werden andauernd Massendemonstrationen vorgetragen.

Zahlreiche Reaktionen, angeblich viertausend, sind bereits verfaßt worden, namentlich in den Vororten Maliki, Khatol-Schir und Beglerbeg, ein Hauptstücken der Reaktion. Man fand teilweise große Geldsummen und kompromittierende Papiere. Unter den 780 Volontären, die festgenommen wurden, war einer, der nicht weniger als 15.000 Mk. in der Tasche hatte. Es ist einfach unglücklich, welche Summen zu den Befehlungen verwendet wurden. Bei einem Flügeladjutanten des Sultans, der vor drei Tagen nach San Stefano kam, fand man außer reaktionären Flugblättern ungefähr tausend Pfund. Eine Kompanie Gendarmen allein beschlagnahmte im Laufe des ersten Tages der Operation, also am Samstag, bei gefangenen Soldaten, etwa 80.000 Mark. Es ist einfach unvorstellbar, wie bei denartigen Summen noch von einem Rückwissen des Sultans gesprochen werden kann. Unter den beschlagnahmten Geldern befanden sich auffällig viele englische Pfunde, eine Münze, die allerdings im Orient stark verbreitet ist.

Dreslauer Nachrichten.

Dresden, am 29. April.

Geschichtskalender.

30. April.

- 1777 Der Astronom Friedrich Gauß †.
- 1806 Der Dichter Gustav Freytag †.
- 1869 Ludwig Büchner, naturwissenschaftlicher Schriftsteller, †.

Die Lage der Expeditionskassier in Dresden.

In einer am Sonntag abgehaltenen, gut besuchten Versammlung der Expeditionskassier und Arbeiter wurde zu den von Arbeitgebern vom 15. April ab eingeführten erhöhten Kollgelddbühren Stellung genommen. Genosse Senf, welcher das Referat hatte, besprach leinestfalls die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kollgelddbühne, da ja in Wirklichkeit eine Veranschlagung der Futterpreise und des Pferdmaterials eingetreten ist. Er verwahrte sich aber ganz entschieden dagegen, daß der breiten Öffentlichkeit gesagt wird, daß die unvermeidlich gewordenen Lohnerhöhungen an das Betriebspersonal und die Mehrausgabe für die sozialpolitische Gesetzgebung die Veranlassung zur Erhöhung der Kollgelddbühne gewesen sei. Die Löhne haben vor Jahren schon 13,50 bis 18 Mark betragen; wollen hiermit die Herren etwa behaupten, daß sie andere Sätze, wo Mindestlöhne von 20—26 Mark gezahlt werden, überlassen? Wenn ferner behauptet wird, daß die sozialpolitische Gesetzgebung Mehrausgaben gefordert hätte, so trifft dies ebenfalls nicht ganz zu. Werden doch ganze 30 Pfg. pro Mann und Woche für Unfallversicherung, 20 bis 24 Pfg. für Krankenversicherung, und 12 bis 15 Pfg. für Invalidenversicherung, insgesamt 62 bis 69 Pfg. pro Arbeiter und Woche bezahlt, und dies doch auch nur vom Verdienst der Arbeiter. Andererseits aber wurden nach der Statistik des statistischen Amtes von 1901 bis 1906 Arbeitgeber in 79,181 Fällen (1906 allein 17.284) wegen Uebertretung sozialpolitischer Gesetze bestraft. Schrieb doch der Führer Grund-Rivona 1906 im Jahrbuch: „Dem überwiegenden Teil der Mitglieder der Sektionen sind die Beschlüsse und die Anordnungen des Reichsversicherungsamtes, der Genossenschaft und Sektionsvorstände höchst gleichgültig, und es müßten exemplarische Strafen verhängt werden, damit den Opponenten die Lust zum Widerstand vergeht, aber dazu können sich die Berufsgenossenschaften nicht entschließen.“

Die Dreslauer Führer, so sehr Senf forciert, verstehen in ihrer Gesamtheit die Ausbeutung ihrer Angehörten vorzüglich, und sind bestraft, Not und Elend durch elegant eingeräumte Diplome für treu geleistete Pflichtenfüllung aus den Wohnungen der Angehörten zu vertreiben. Wenn man die Herren behaupten, nur durch die dembar größten Opfer ihrerseits wäre es möglich, bisher noch zu vegetieren, so stimmt dies ganz einfach nicht; bezüglich die Verfahrenheit und Uneinigkeit der Führer und Arbeiter sind es, die eine so miserable Bezahlung zulassen. Wenn sich die Angehörten in Transportgenossende erst einmal bewußt sein werden, daß sie auch Menschen sind, und deshalb Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein haben, denn ist der Zeitpunkt nicht mehr weit, wo mit diesen miserablen Zuständen aufgeräumt werden kann.

Die Diskussion war eine sehr lebhaft, die bittersten Klagen wurden vorgebracht, und allseitig der Wunsch nach besserer Beziehungen ausgesprochen. „Keine Zwingelbe, vom Chef, sondern einen auskömmlichen Lohn!“ so rang es wie aus einem Munde. „Auf die Schanzen!“ so rief ein bei der Oberschmarocher, Führerbesitzer Bed-Berlin, seinen Freunden zu. Auch wir rufen daselbe den Dreslauer Transportarbeitern zu. Wacht auf, erlöset Euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, tretet ein in die Reihen derer, die seit Jahren schon kämpfen; dann wird und muß es besser werden. Einem in den Deutschen Transportarbeiter-Verband!

Theatersubvention und „Dreslauer Zeitung“.

Als Genosse Heymann in der letzten Stadterordnungsung den merkwürdigen Umstand hervorhob, daß die „Dreslauer Zeitung“ vor neun Jahren mit dem Magistrat für eine Subvention des Theaters und heute ebenj getreulich mit dem Magistrat gegen eine Subvention Stellung nimmt und daraus den Schluß zog, daß es diesem auch schon sehr schwer zu fallen scheint, eine eigene Meinung gegen unsere städtische Verwaltung zu betätigen, kritisierte die „Dresl. Ztg.“ diese Tatsache rund und nett ab. In ihrem Eigeninteresse sagte sie nämlich: „Die Kühne Behauptung des Chefs Heymann beweist lebhaftig seine absolute Unkenntnis des Sachverhalts der Dresl. Ztg.“ und in ihrer letzten Couragiernummer kommt sie auf die Angelegenheit noch einmal zurück, indem sie schreibt: „Es ist der „Dreslauer Zeitung“ in ihrer städtischen Stadterordnungsung von einem der Führer der Sozialist. Partei, daß sie in ihrer Jugend keine eigene Meinung habe,

landern bei den Subventionsfragen immer nur den jeweiligen Standpunkt des Magistrats zu dem ihrigen gemacht habe; deswegen sei sie vor zehn Jahren für eine Subvention gewesen und ist heute dagegen. Es ist bei uns in Dresden nicht gut, selbst die unsinnigsten Behauptungen unwidersprochen zu lassen, da Schweigen von den Gegnern stets als Besseres angesehen wird. Die „Dreslauer Zeitung“ hat in den Subventionsfragen stets den gleichen Standpunkt eingenommen, der die künstlerische Förderung unseres städtischen Theaters durchaus in den Vordergrund stellt, unabhängig von der Person des Richters, ja sogar zuweilen gegen ihn.“

Sehen wir zu, ob die „Dresl. Ztg.“ einen Anlaß hat, sich aufs hohe Pferd zu setzen, oder ob Genosse Heymann seinen Vorwurf mit Recht haben konnte. Als Unterlage für seine Forderungen unterbreitete Direktor Löwe im Jahre 1900 wie 1909 seine Bilanz und seine Bücher, die der Magistrat im Jahre 1900 für korrekt geföhrt, im Jahre 1909 für nicht vollkommen einwandfrei erklärte. Und die „Dreslauer Zeitung“? Sie schreibt am

Am 29. Juni 1900.

Zunächst sei nochmals hervorzuheben, daß alle Revisionen die tadellose Richtigkeit der Buchführung und das Vorhandensein korrekter Belege für alle Ausgaben erwiesen haben.

Damals mit dem Magistrat „tadellos und korrekt“, heute „er versteht seine Zahlen stets sehr hübsch und sehr korrekt zu gruppieren.“ Doch das könnte ja erst nachträglich an den Tag gekommen und von der „Dresl. Ztg.“ zufällig gleichzeitig mit dem Magistrat entdeckt worden sein. Kommen wir lieber zur Subvention selbst. Da heißt es:

Am 29. Juni 1900.

An unserem Standpunkt, daß die Stadt mindestens das Defizit unseres Direktors decken soll, halten wir nach wie vor fest.

Am 7. Oktober 1900.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß zwar auch wir wiederholt die Geschäftsführung unseres Stadt-Theater-Direktors einer Kritik unterzogen haben, wie sie nach unserer Meinung das gute Recht der Presse ist, sobald die Verwendung städtischer Gelder in Frage kommt, daß wir aber in allen Artikeln, bei der ersten Subvention sowohl, wie bei der diesjährigen Wiederholung, für Bewilligung der Dotation eingetreten sind.

Wir haben wiederholt betont, daß eine Großstadt wie Dresden, welche Besitzerin des wichtigsten Theaters der Stadt ist, auch die Pflicht hat, die Ausgaben für die Erhaltung des künstlerischen Niveaus der Bühne nicht nach zu engen Gesichtspunkten zu bemessen. Das was mehr oder weniger kunsttunige Fürsten für ihre Hofbühnen aufwenden, muß bis zu einem gewissen Grade eine Stadtverwaltung für ein städtisches Theater aufwenden können; nur mit dem Unterschiede selbstverständlich, daß ein Landesfürst nur sich selbst Rechenhaftigkeit über seine Ausgaben abzugeben braucht, während eine Stadtverwaltung jede Ausgabe im öffentlichen Interesse auch in der Öffentlichkeit begründen muß.

Es ist also gar kein Streit darüber, daß sich die Anschauung über die Pflichten der Stadt gegenüber dem Theater genau so schnell und genau in derselben Richtung gewandelt haben als beim Magistrat. Und diese Wandlung ist merkwürdig genug, um bei Betrachtung der sonstigen Argumente der „Dresl. Ztg.“ berücksichtigt zu werden.

Von der Mikrowirtschaft im Krachverein. (Protokollsammlung der Mitglieder des Wirtschaft- und Krachvereins.)

Zum König von Ungarn“ sagte am Dienstag eine Versammlung von Protokollern, die sich ausschließlich mit der Mikrowirtschaft des Vorstandes und Aufsichtsrates befaßte. Das Referat hatte Herr Eisner. Wie in allen Protokollsammlungen vorher gesagt worden, schließt die Bilanz von 1908 mit einem kolossalen Verlust ab. Er gerät über die ganze Bilanzanstellung, um nachzuweisen, daß sie unrichtig aufgestellt und die Mitglieder getäuscht worden sind. Wie die Bilanz im einzelnen, nach Auffassung der Protokollern, aufgestellt ist, das ist in dem verbreiteten Flugblatt angeführt. Die Sache ist derartig verfahren, daß lange Ausführungen nötig waren, sie auseinanderzusetzen. Aller Wahrscheinlichkeit nach soll der Verlust, der nach der Bilanz 42.548 Mark betragen soll, gedeckt werden von den Mitgliedern derart, daß sie ihren Mitgliedsbeitrag von 50 Mark verlieren und außerdem noch 25 Mark pro Anteil zahlen sollen. Herr Eisner ist der Auffassung, daß, selbst wenn das geschieht, der Verein im nächsten Jahr auf demselben Standpunkt stehen würde. Redner fragt, wie der Verein existieren kann? Wilhelm Strub bei Vernehmen bringt seinen Gewinn, jedoch nur Verlust. Die Unterbilanz könne nicht in einem Jahre entstanden sein, sie datiere wahrscheinlich seit längerer Zeit. Die angeschriebenen Mitglieder brachten den verlangten Rückgang nicht zu zahlen auf Grund einer Entscheidung des Kommerzienrats. Diese Mitglieder sollen zusammenhalten und einen Prozess riskieren. (Wirtschaft und Verlust.) Es ist nicht wie ein Kaufmann gehandelt worden, daher seien die Verantwortliche gegen Vorstand und Aufsichtsrat erstattet. Redner schlägt vor, beim Vorstande eine außerordentliche Generalversammlung zu beantragen und auf derselben zu fordern, mit der Festlegung der Mitglieder zu warten, bis der etwaige Prozess gegen den Angehörigen, gemeint ist besonders Rechtsanwalt Dallrop, entschieden ist. Als die beste Lösung betrachtet Herr Eisner die Auflösung des Vereins. Die Verluste würden noch größer werden, wenn länger gewartet würde.

In der Debatte bemerkte Herr Krumbhaar, daß die Sache doch anders liegen könne, als Eisner sie vorgebracht. Er wolle die Beweise gegen den Aufsichtsrat als dessen Mitglied erweigern. Eisner wolle der Verein ignorieren. Redner äußert sich, daß Eisner nicht an die Spitze gestellt werden sei. Eisner müsse ein

ganz besonderes Interesse an der Sache haben. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Eisner, machte die Ausführungen Eisners in allen Punkten zu widerlegen. Eisner bemerkte zum Schluß, „wenn das so weiter geht, wird Eisner es müßig, dann müsse der Verein Konkurs anmelden und dann werden die Mitglieder noch mehr anzuhängen haben. Eisner protestierte gegen das Flugblatt, weil Unwahrheit behauptet wird. Eisner erwiderte in langer Rede, in der er bei seinen Behauptungen stehen blieb. Er handle ganz uneigennützig und wolle alle Angriffe gegen seine Person zurück. Er halte es für nötig, die Mängel anzuführen.“

Herr Schilb gibt auf die Reden Eisners gar nichts — die ganze Sache beschreibe sich um die Liquidation des Vereins, die Eisner nach Kräften bestreite, während sie der Aufsichtsrat bestämpfe. Die Mitglieder hätten das Interesse an der Erhaltung des Vereins. Die Debatte giebte sich wie eine Sechsklänge hin, jeder verfocht seine Ansicht. Das Komitee begann. Herr Eisner erreichte seinen Zweck nicht. Es entstand zum Schluß eine beratende Urliste und großer Standaal, daß von einer Beschlußfassung über die Vorklage zur Sanierung der Verhältnisse nicht zu denken war. Die meisten Teilnehmer verließen schon vor Schluß den Saal.

Ehronung der reichen Steuerbetrüger — Schröpfung der Arbeiter! So illustriert sich die preussische Steuerpolitik.

Ein würdiges Seitenstück zu den von Professor Delbrück aufgedeckten Milliarden-Steuerbetrügereien der preussischen Agrarier bildet die folgende Meldung der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 198 vom 27. April):

Die Bekämpfung der Ueberstunden veranlaßt die Steuerbehörde in Hagen i. W. eine Anfrage an den preussischen Finanzminister zu richten. Darauf ist ihr, wie uns aus Hagen gebracht wird, folgende Antwort erteilt worden:

Der preussische Finanzminister antwortete, daß die Grundsätze, die für die Besteuerung des Einkommens aus Ueberstunden bei den Beamten maßgebend seien, auf die Lohnarbeiter nicht angewendet werden dürfen. Die Besteuerung des Lohnes an Ueberstunden müsse bei den Arbeitern aufrecht erhalten bleiben. Gegen Arbeitgeber, die die Angabe des Ueberstundeneinkommens verweigerten, werde mit der größten Schärfe vorgegangen. In einem Falle sei bereits eine Abndung mit 3000 Mk. Geldstrafe erfolgt.

Brutaler kann sich die Klassenregierung wirklich nicht dokumentieren, als durch diesen Erlass: Die Besteuerung der Ueberstundenlöhne der Arbeiter wird mit Geldstrafen bis zu 3000 Mk. erzwungen und die Steuerhinterziehungen der Junker sucht der preussische Finanzminister im Abgeordnetenhaus zu verschleiern! Er läßt es zu, daß die Junker alljährlich rund 70.000 Millionen der Steuerbehörde verschleiern, den Staat also um Millionen begaunern, aber die sauer verdienten Ueberstundengroschen der Arbeiter werden mit eiserner Faust eingetrieben! Ist das nicht planmäßige Ausreizung zum Klassenhaß, Herr Staatsanwalt?

Nicht Schnulster, aber Schweifwedler.

Der „Dreslauer „fresinnige“ General-Anzeiger“ will sich durch den Byzantinismus seiner Kollegin von der Herrenstraße nicht übertreffen lassen. Er hat den Salonwagen des Kronprinzen zwar mit eigener Nase nicht beriechen können, aber dafür geht er aufs Ganze und benützt — etwas weit hergeholt ist schon die Sache — den 70. Geburtstag des Königs von Rumänien, um der Welt einmal gründlich zu zeigen, was für ein gottähnliches Wesen der — deutsche Kronprinz ist. Wir jüttern aus diesem von widerlicher Schweifwedelei nur so triefenden Leitartikel folgende Stillblüten:

„Unter den vielen Gratulanten, die sich einstellten, um ihre Glückwünsche darzubringen, war einer, der schlank und frisch unter den anderen austrat, wie ein frühlich aufgeschlossenes Edelweiss, — ein stattlicher junger Offizier in dem weißen Koller der preussischen Kürassiere, den blanken Stahlhelm auf dem Haupte, — einer, dem noch die frohe Jugend aus den Augen lachte und der doch mit ruhigem Ernst unter den Ersten stand und mit sicherer Würde zu repräsentieren mußte. Unser Kronprinz Friedrich Wilhelm. In Rumänien hat er sich die Herzen im Stuge erworben. Die ganze Presse war voll von ehelich gemeinten Subjungen vor dem jungen Kaiserthron.“

Der Kronprinz hat es trefflich verstanden, seine Repräsentationspflichten zu erledigen. Es war ein nicht unbedeutender Augenblick, als er dem greisen Könige von Rumänien die Glückwünsche des deutschen Kaiserpaars und des deutschen Volkes darbrachte und dem Hohenzollern auf dem rumänischen Thron, dem glorreichen Führer im Türkenkriege, den preussischen Feldmarschallstab überreichte. Ein warmer Ton, der von Herzen kam und zu Herzen ging, klang aus dem Reden. . . . Daß es der Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen war, der hier das Reich vertrat und mit weithin hallenden Worten die alte Freundschaft besiegelte, das hat sicher seine hohe Bedeutung. . . . Daß der Kronprinz die mächtigen Petroleumfelder besuchte, auf denen auch deutsches Kapital seine Betätigung sucht, war fast eine symbolische Handlung. Es kennzeichnete die Gemeinschaft der wirtschaftlichen Interessen, die uns mit Rumänien verbindet.

Auf der Rückreise von Bukarest führte den Kronprinzen der Weg nach Wien. . . . Alle Herzen schlugen auch hier dem jungen deutschen Kaiserthron entgegen. Immer klarer hat sich in den letzten Jahren die Herbe und doch edle, kraftvolle und männliche Gestalt des österreichischen Thronfolgers vom Hintergrunde der Ereignisse abgehoben.

„Kronprinz Friedrich Wilhelm beginnt im deutschen Volke immer mehr populär zu werden. Man weiß seinen nächsten, verhänglichen Ernst, der mit frischem Jugendblut sich paart, wohl zu schätzen. Man freut sich an dem regen Interesse, das er gerade dem praktischen Leben entgegenbringt. — man glaubt zu wissen, daß er — obwohl ein tüchtiger Soldat — doch auch dem bürgerlichen Leben und der Staatsverwaltung eine rege Aufmerksamkeit schenkt. Der Enthusiasmus, den er den großen Erfolgen des Grafen Zeppelin entgegenbrachte, fand ein Echo im ganzen Volke. Man will in ihm verwandte Züge mit der schlichten Art Wilhelms I. entdeckt haben, und doch gemahnt auch vieles an ihm — schon rein äußerlich — an die edle Gestalt Kaiser Friedrichs. Es sind keine leise zarte Fäden, die sich hinüber und herüber spannen zwischen dem Kronprinzen und dem Volke. So wenig der junge Hohenzollern im öffentlichen Leben hervortritt, so bescheiden er sich zurückhält, und so wenig man daher irrt, daß sich schon jetzt ein abschließendes Urteil über ihn zu bilden, so ist doch schon der Grund für eine Zukunftsangewandtheit gelegt. Wie wie dem deutschen Kronprinzen in dem reichen Maße wünschen möchten, wie sie sein unvergänglicher Großvater in den Herzen des Volkes befestigen hat.“

Er hat den gewaltigen Aufschwung deutschen Handels und deutscher Industrie mit erleben dürfen, — er ist Zeuge der fortwährenden Industrialisierung des deutschen Reiches, und er wird sich gewiß nicht der Erkenntnis der ersten Gefahren verschließen, die davon trotz aller glänzenden Fortschrittswörter liegen und sorgfältige Beachtung heischen. Die Schatten sind gewichen, Volk und Kaiser sind wiederum eins. . . .

Wir meinen, Kronprinz Friedrich Wilhelm hat eine reiche Erfahrung durchgemacht. Und wenn er jetzt die Aufgaben der glänzenden Repräsentation nach außen als Vertreter des Reiches empfängt,

erlebte und dem deutschen Volke neue Sympathien gewonnen hat, so wollen wir uns und ihm wünschen, daß dies der Anfang einer Bahn sei voll guter Erfolge und voll Segens für ihn wie für uns."

Kann man es einem Fürstentum verdanken, wenn er sich für so viel größer und besser hält als andere? Daß auch er dann wie einst sein Vater sagt: "Ich sehe hier von meinem Thron auf das Gehübel unter mir"?

*** Die Holzarbeiter und die Malfeier.** In einer am Mittwoch Abend stattgehabten Mitgliederversammlung, die von über 350 Mitgliedern besucht war, beschäftigten sich die organisierten Holzarbeiter Breslauer nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten mit der Malfeier. Folgender Beschluß war das Ergebnis der Beratung:

"Die heutige Versammlung beschließt, daß in Bezug auf die Malfeier sich die Kollegen auf den Boden des Verbandsbeschlusses stellen. Jeder Kollege, der ohne wirtschaftliche Skädigung Arbeitsruhe am 1. Mai halten kann, hat zu feiern. Unter allen Umständen haben diejenigen Kollegen zu feiern, in deren Betrieben die Arbeitsruhe am 1. Mai durch Vertrag geregelt, beziehungsweise festgelegt ist."

Hierzu wurde noch der Ergänzungsantrag Vozar angenommen, daß die Feiern eine halbe Stunde vor der Früherversammlung im Gewerkschaftshaus in Zimmer 2 stattfinden sollen. Seybold führte an, daß im Betriebe der Gebr. Bauer die Arbeitsruhe vertraglich festgelegt und die Fabrik am 1. Mai sogar geschlossen bleiben solle. Auf eine Anfrage sei erklärt worden, es liege den Leuten frei, zu feiern oder zu arbeiten. Seybold ist der Ansicht, daß es Pflicht aller Kollegen bei Gebr. Bauer sei, zu feiern. Verträge müssen gehalten werden.

Die Breslauer Bauhilfsarbeiter unternahmen am Sonntag, den 25. April, eine Gausagitation, die sehr erfolgreich war. Außerdem waren 14 Versammlungen einberufen worden, die ein höchst erfreuliches Bild zeigten. Zum großen Teil waren die Versammlungen so überfüllt, daß die Tische aus den Lokalen herausgeschafft werden und die Besucher Kopf an Kopf stehen mußten. In der sehr lebhaften Diskussion fragten die meisten Redner lebhaft um Ausbruch, daß die Krise und der lange strenge Winter die Bauarbeiter sehr hart getroffen hätten und daß vielen Kollegen dadurch die Möglichkeit geraubt wurde, den gewerkschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen; aber gern seien sie bereit, jeht dem Verdachte wieder beizutreten, um die Lücke, die entstanden ist, wieder auszufüllen. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo die Bauarbeiter erneut mit den Arbeitgebern in Verhandlungen treten müssen, und da gilt es für die Breslauer Bauhilfsarbeiter, ein Ganzes zu bilden, um auch getroft der Zukunft entgegen zu können. Der Erfolg der Versammlungen war ein durchaus sehr erfreulicher, ein Beweis dafür, daß mit dem Frühling ein frischer Geist und neues Leben in die Herzen der Arbeiter einzieht. Zu erwähnen sei noch, daß sich Kriminalbeamte in den Versammlungen als unerbetene und ungeladene "Gäste" eingefunden hatten, vor den Lokalen langweilten sich Schutzleute, um die "Ruhe und Ordnung" aufrecht zu erhalten. Die Bauhilfsarbeiter haben aber bewiesen, daß die Schutzleute die Zeit unnützlich vergeuden haben. Ober glaubte die Polizei, daß nach Schluß der Versammlungen die Bauhilfsarbeiter eine Straßendemonstration veranstalten wollten? Wenn dies einmal der Fall sein sollte, wird die Polizei nichts erfahren, da kann sie sicher sein. Wozu also die Kraft- und Zeitverschwendung? Gilt es für die Polizei nichts Wichtiges zu tun? Und weiß sie immer noch nicht, daß gewerkschaftliche Versammlungen sie nichts mehr angehen?

*** Das Ferkel als Fahrgast 4. Klasse.** Die Abwanderung der Eisenbahnpassagiere aus den höheren in die niederen Klassen — die Folge der Fahrkartensteuer und der genialen Tarifreform — macht den leitenden Herren in den diversen Eisenbahndirektionen der deutschen Vaterländer andauernd viel zu schaffen. Die systematische Überfüllung der 4. Wagenklasse, die vielfach geradezu ständliche Besessenen dieser Beförderungsmittel des unbemittelten Publikums, kurz als die Tische, die man angewendet hat, um die Frequenz der oberen Wagenklassen wieder zu heben, sind erfolglos geblieben, und der durch die Abwanderung verursachte Einnahmehausfall nimmt bei den Staatsbahnen von Jahr zu Jahr einen immer bedenklicheren Umfang an. Angesichts dieser Notlage sind die einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen auf einen geradezu genialen Gedanken gekommen: sie haben in der Allgemeinen deutschen Verkehrsordnung einen § 28 aufgenommen, der bestimmt: "In der 4. Klasse darf jeder Reisende nur eine Traglast mit sich führen usw. Als Traglast dürfen auch kleine Tiere mitgenommen werden. Um keinen Irrtum über die Art dieser "kleinen Tiere" auskommen zu lassen, ist dann noch in den Ausführungsbestimmungen die folgende Erläuterung enthalten: Ferkel in Säcken können als Traglast gebührenfrei mitgenommen werden."

Was den Ferkeln recht ist, ist den Hunden, Katzen, Hühnern und ähnlichen annuitierenden Tieren nur billig. Die Fahrgäste der 4. Klasse können sich also für die Zukunft bei ihren Reisen auf die sinnigsten Ueberwachungen gefaßt machen. Es müßte unter diesen Umständen merkwürdig gehen, wenn es nicht endlich gelang, dem Publikum seine höchst unerwünschte Vorliebe für die 4. Wagenklasse auszutreiben.

*** Straßenanlage am freireligiösen Friedhofe.** Der Magistrat hat den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet, worin er ersucht, den Vertrag mit dem Kaufmann Moritz Warshawer vom 26. März 1909 über die Anlage der Bunzlauer Straße zu genehmigen, und ferner, sich damit einverstanden zu erklären, daß Warshawer auf das städtische Grundstück Band 10 Blatt Nr. 400 Feldgrundstücke der Nikolai-Vorstadt entfallende Anteil an den Straßenanlagelasten nach der Abnahme der Straßenanlage bis zum 15. Mai des darauffolgenden Etatsjahres erstattet wird.

Zur Begründung sagt der Magistrat folgendes: Der Kaufmann Moritz Warshawer hat sich nach dem Vertrage verpflichtet, die Bunzlauer Straße als Unternehmerrstraße anzulegen. Wie aus den Lageplänen zu ersehen ist, liegt an der Nordseite der Straße das städtische Grundstück Band 10 Nr. 400 Feldgrundstücke der Nikolai-Vorstadt, das der freien Religionsgemeinde — früher christlich-gemeinde — als Friedhof seit dem Jahre 1845 nrentgeltlich überlassen ist.

Es entspricht dem Brauch und der Billigkeit, die auf dieses Grundstück anfallenden Kosten der Straßenanlage auf die Stadtgemeinde zu übernehmen. Wir haben in § 8 Absatz 3 des Vertrages vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung und dazu bereit erklärt.

*** Der "Egen" der Zwangsverziehung trat am Mittwoch vor der Breslauer Strafkammer wieder einmal recht drastisch in Erscheinung.** Am 22. Februar sind eine ganze Anzahl von Böglingen aus der Anstalt in Wohlstand entwichen. Drei von ihnen wurden am folgenden Tage in der Nähe von Goldschmieden abgefaßt. Nun ist es ganz natürlich, daß solche Flüchtlinge sofort wieder neue Straftaten begehen, schon um sich mit anderen Kleibern sowie mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Was lag also näher, als daß die drei sofort nach den inzwischen verübten Straftaten angeklagt wurden. Sie erzählten auch sofort ganz willig, daß sie an der Breslauer Bahnstraße eine Wärrterbude und in der Nähe der Döbernharter Döberbrücke eine Kantin ebrochen und aus beiden verschiedene Gegenstände gestohlen hätten. Ebenso hätten sie auch einen Einbruch in eine Windmühle verübt in der Hoffnung, dort Kleider zu finden. Da sie "geständig" waren, nahm man sie nicht in Untersuchungshaft, sondern schickte sie zunächst nach der Anstalt zurück.

In der nunmehrigen Verhandlung leugneten sie die zuerst eingestanden Straftaten ab und gaben an, sie hätten sich zu unrecht von selbst bestraft, in der Hoffnung, im Breslauer Gefängnis in Untersuchungshaft genommen zu werden, weil es dort gewiß besser sei als in der Anstalt. Leider habe ihnen aber die Selbstbeurteilung nichts genutzt. Es bliebe demnach weiter nichts übrig, als die Sache wecks weiterer Ermittlungen zu verlagern.

Aus Schlesien und Posen.

Was ist eine politische Angelegenheit?

Diese höchst wichtige Frage hatte das Rattowitzer Schöffengericht zu entscheiden. Der Polizei in Laurahütte hatte es nicht gefallen, daß in ihren Mauern ein Sozialdemokratischer Verein gegründet war. Obgleich nun der betreffende Polizeibeamte selbst angab, daß politische Angelegenheiten in der Gründungsversammlung nicht erörtert worden sind, stellte die Verwaltung Strafantrag, dem das Amtsgericht in Rattowitz nachkam und dem Einberufer, Genossen D. Göring, ein Strafmandat von 9 Mark und die Kosten übermittelte.

Die gerichtliche Entscheidung brachte nun manches ans Licht, was weder wir noch die Schöpfer des Reichs-Vereinsgesetzes gewußt oder auch nur geahnt haben. Nachdem Göring nachgewiesen, daß von einer Offenheit keine Rede sein könne, da nur die Leiter der Volkswacht geladen waren, und daß man mit denen über den Wert eines Vereins nicht zu diskutieren brauche, und demzufolge auch keine politischen Erörterungen stattfinden, sondern daß die Debatte sich einzig und allein um die Wahl des Vorstandes drehte, was der einzige Zeuge Genosse Machatzel bestätigte, beantragte der Amtsanwalt, es bei der Strafe zu belassen, denn für ihn stehe es fest, daß die Versammlung eine politische war. Es sei zwar nicht erwiesen, aber bestimmt anzunehmen, daß politische Angelegenheiten erörtert sind, daher sei die Strafe am Platze.

In seiner Verteidigungsrede wies Genosse Göring auf der Hand der Entscheidung der höchsten Gerichte und den Ausführungen des Staatssekretärs bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes nach, daß die notwendigen Voraussetzungen, wie sie hier festgelegt, völlig fehlten, daher fehle auch jeder Beweis, der zur Verurteilung notwendig. Zu der kostenlosen Freipredigt, die ja selbstverständlich sei, beantragte er die Erziehung der baren Auslagen. Damit aber derartigen völlig ungeschicklichen Dingen ein Ende bereitet werde, beantragte er, dem Amtsvorsteher von Laurahütte, der die Anzeige erstattet, die gesamten Kosten aufzuerlegen. Aus welchen Motiven die Anzeige erstattet, sei gleichgültig, gegen die Ungeheuerlichkeit aber, die nur dem Staate Kosten und dem Publikum Beunruhigung bringe, müsse mit allen gesetzlichen Mitteln vorgegangen werden. Nachdem der Vorstehende vergeblich sich bemühte, den Antragsteller zur Zurückziehung des Antrages zu bewegen, zog das Gericht sich zur Beratung zum sozialdemokratischen Vereins ist eine politische Angelegenheit! Die Versammlung war eine öffentliche. Die Gründung eines Sozialdemokratischen Vereins ist eine politische Angelegenheit! Die Versammlung war daher anzunehmen, da dieses nicht geschweh, so wird der Antragsteller zu 30 Mark Geldstrafe und die Kosten des Verfahrens verurteilt."

Nun hat das Landgericht das Wort, das dieses unverständliche Urteil, wie bereits einige andere vorher, korrigieren wird. "In Oberschlesien machen wir es halt so."

Wienig, 29. April. Auf zur Gewerbegerichtswahl. In letzter Stunde ergeht hierdurch nochmals an alle Wahlberechtigten die dringende Aufforderung an der kommenden Sonntag von vormittags 11 bis nachmittags 5 Uhr stattfindenden Gewerbegerichtswahl teilzunehmen. Man gehe schon vormittags zur Wahl, damit im Laufe des Nachmittags die Säumigen zurzurückgeführt werden können. Die Proporz der Wahl macht es zur Pflicht, daß unzerstört auch der letzte Mann zur Wahlurne gebracht wird! Deshalb auf zur Wahl!

Striegau, 29. April. Der Streit der Steinarbeiter dauert bereits die sechste Woche und noch ist kein Ende in Aussicht. Die Arbeitgeber wollen verhandeln, aber nur jeder mit seinen Leuten nach Aufnahme der Arbeit, trotzdem die Steinbruchbesitzer angeblich keine Arbeiter mehr haben, denn allen Arbeitern wurde die Arbeit zum 8. April gekündigt und sind jetzt entlassen. Wenn die Steinbruchbesitzer auf ihrem Standpunkt beharren, dann kann der Streit noch sehr lange dauern.

Striegau, 29. April. Zur Kanalisation. Am 1. Mai soll mit der Kanalisation unserer Stadt begonnen werden. Die Vergebung der Arbeiten und Materiallieferung ist erfolgt, aber nicht an die Mindestfordernden da man mehr auf gutes Material als auf niederen Preis Bedacht genommen hat.

In städtischen Basaltbrüche entgingen mehrere Arbeiter nur dadurch dem sicheren Tode, indem sie die Vesperpause etwas länger machten. Nachdem schon am Sonntagabend an einer Felswand mit geringem Erfolg Sprengversuche gemacht wurden, löste sich am Dienstag plötzlich das Gestein im Gewicht von mehr als 2000 Zentnern, fiel herab und begrub das Arbeitszeug der an dieser Stelle beschäftigten Arbeiter unter sich.

Sprottau, 29. April. Selbstmord im Gefängnis. Ein wegen Diebstahls verschiedener Wollbälle hier festgenommener Handelsmann Lange aus Görlitz hat sich in der verödenen Nacht in seiner Zelle des hiesigen Amtsgerichtsgefängnisses erhängt.

Striegau, 29. April. Tödlicher Unfall. Als in Leipe-Petersdorf zwei Dachdecker eine Scheune mit Fachwerken eindeckten, brach die Leiter und die beiden Männer stürzten aus beträchtlicher Höhe herab. Der eine, ein 62 Jahre alter Mann, war sofort tot, während der andere schwere Verletzungen davon trug.

Lüben, 29. April. Landung eines Luftballons. Am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, landete der vormittags 9 Uhr in Dresden aufgestiegene Luftballon "Dresden" in der Nähe der Stadtkirche Rinnerdorf im hiesigen Kreise.

Zauer, 29. April. Achtung, Malfeier! Am 1. Mai, Abends 8 Uhr, findet im "Grünen Adler" eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Dari-Breslau das Referat hält. — Am Sonntag früh findet ein Ausflug durch die Steinbrüche nach Eschtritz statt. Der Abmarsch ist auf 7½ Uhr vor "Grünen Adler" ausgesetzt. Für diejenigen, welche früh noch nicht abkommen können (besonders die Frauen) ist der Abmarsch auf 1½ Uhr Mittags vom "Grünen Adler" direkt nach Eschtritz festgesetzt, wo dann Befestigungen stattfinden. Für alle organisierten Kollegen und Arbeiterfreunde ist es Ehrenpflicht, sich an diesen Veranstaltungen zu beteiligen. Den Genossen von Bohrau-Seifersdorf steht das Lokal von Berger in Döberitz zur Abhaltung aller Versammlungen zur Verfügung. Alle Genossen von Zauer und Umgegend, welche Ausflüge veranstalten, oder sonst dorthin kommen, wollen diesen Gastwirt berücksichtigen und nur dort Einkehr halten.

Glogau, 28. April. Ein Lebensmüder. Gestern früh wurde in der Nähe der Stadt der 47jährige Bauerngutsbesitzer Burthardt aus Bantzen, Kreis Guben, an einem Baume in stehender Stellung befindlich, erhängt aufgefunden. Er hatte sich unweit der öffentlichen Straße nach Zerbau im sogenannten Steinernen Loche einen Platz ausgesucht. Trotzdem Sonntags Schenken von Glogauer Spaziergängern dort vorbeigingen, ist niemand auf den Einfall gekommen, daß die dort lauernde Gestalt eine Leiche sei. Erst am nächsten Tag hat es einigen Leuten auf, daß der Mann dort schon längere Zeit verweilte. Die Leiche wurde nach dem Zerbauer Kirchhof gebracht und ist auch auf dem Zerbauer Kirchhof beerdigt worden, nachdem sie durch Familienangehörige rekonstruiert war. Grund zu der Tat soll in Schwermut zu suchen sein.

Neuhof, 29. April. Feuer. Am vergangenen Sonntag, nachmittags gegen 1 Uhr, geriet in Neuhof im Kreise Oels, bei Gemeindegarten, in welchem der Wächter der Gemeinde wohnte, in Flammen. Da es aus Lehmfachwerk bestand und mit Schindeln gedeckt war konnte der Wächter Albert in größter Gefahr nur sein kleines Kind retten; alles Haus- und Wirtschaftsgut, sowie Schuhmacherhandwerkzeug, eine Pflüge und Kartoffeln verbrannten. Der arme Mann ist, da er nicht versichert war, vollständig mittellos. Ein angrenzendes, nur durch die Dorfstraße getrenntes Bauernhaus des Stellenbesizers Langner brannte ebenfalls vollständig nieder.

Goldberg, 29. April. Malfeier. Am 1. Mai, Abends 8 Uhr, findet eine große Volksversammlung statt, in welcher der Arbeitersekretär Müller sprechen wird. Am Sonntag, den 2. Mai, früh 7 Uhr, findet ein allgemeiner Spaziergang statt. Abmarsch vom "Neuen Haus" nach Neuhof mit Musik. Malfeierabend sind dabei sehr reichlich zu haben. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, rechtzeitig für das Fest zu agieren.

Allgemeine Ortskrankenkasse. Sonntag, den 1. Mai, findet die Generalversammlung für gewerbliche Arbeiter statt. Da gegen die im Herbst v. J. stattgehabene Versammlung mit Recht Protest eingelegt wurde, soll man sich veranlassen, als geeigneten Tag den 1. Mai festzusetzen. Da es sich um die Wahl von 18 Arbeitnehmervertretern handelt, wird es Pflicht sein, daß alle Mitglieder zur Stelle sind.

Hirschberg, 29. April. Drei Brände durch Blitzschläge. Das am Dienstag Abend niedergegangene Gewitter hat auch im hiesigen Kreise maßlosen Schaden angerichtet. In Rohrlach schlug der Blitz in die Weichsel, die dort ganz anwesend wurde ein Raub der Flammen. In Rosenaub bei Schönau schlug ferner der Blitz in das Wohnhaus des Gutbesizers Pätzold, das ebenfalls ein Raub der Flammen wurde. In Rimmersath wurde die Stelle des Stellenbesizers Richter durch einen Blitzschlag entzündet und brannte vollständig nieder. Großen Schaden hat das Gewitter noch in Seifersdorf angerichtet. Vollenbruchreicher Regen, begleitet von Hagelstürmen, stürzte auf die frischgeernteten Felder nieder, wodurch von den hochgelegenen Wiesen der lockere Boden und die Saatkörner fortgeschwemmt wurden.

Im Sulengebirge tobten mehrere schwere Gewitter. Durch Hagelschlag betroffen wurde namentlich der Rindpflücker Kreis. In der Gegend um Groß-Billau, Quangenborn, Aniegnitz und Brauß fiel der Hagel in der Größe von Gabeln und zertrümmerte zahlreiche Feinsten. Weit hinaus in die Gegend tobte das Unwetter an der böhmischen Grenze. Dort forberte es durch Blitzschlag bereits zwei Menschenleben. In Horla wurde eine 20jährige Bandarbeiterin auf dem Felde vom Blitz erschlagen und bei Ruchowan schlug der Blitz auf der Landstraße in eine ganze Familie. Der Mann, der Einwohner Pöbel, wurde getötet und ein Kind, das er auf dem Arm hielt, auf der Stelle getötet.

Naumburg, 27. April. Die milch gemordeten Frommen. Naumburg ohne Glodengeläute — diese erschreckliche Tatsache lastet auf den Gemütern der Frommen wie ein Mann. Im Sommer vorigen Jahres war nämlich ein Naumburger Schlossermeister beauftragt worden, einen neuen Glodengeläute herzustellen, der aber nicht funktionierte. Nun gab es Krach. Der Kirchengemeinderat meinte, der hiesige Schlossermeister könnte vielleicht andere Stühle machen, aber keinen Glodengeläute, und der also in seiner Meisterlehre Beschränkte behauptete, daß die Glodengeläute ihre Sache nicht verständen. Kurz und gut, jeder wollte im Recht sein. Im Dezember v. J. wandten sich die Naumburger an den Regierungspräsidenten (wahrheitslieblich sollte er künden kommen! D. A.), welcher auch vertrat, Ermittlungen anzustellen. Das ist bis zur Stunde nicht geschehen, und da macht ein hiesiger Bürger in einem "Eingebandt" im "Naumburger Stadtblatt" seinem Herzen Luft und schreibt, daß der Unwille der Gemeinde einen hohen Grad erreicht habe und man beim Ministerium vorstellig werden wird. Man sollte mal eine Prozedur veranstalten, vielleicht läuten dann die Gloden von selbst.

Bunzlau, 27. April. Zur Malfeier. Am Sonntag, den 1. Mai, erfolgt Vormittags ein Ausflug nach Boos-towitz. Sammelplatz: "Drei Kronen", ¼ 9 Uhr. Nachmittags von 3 Uhr ab findet die offizielle Feiern in Neu-Breslau, bestehend aus Konzert, Befestigungen diverser Art und Festrede des Genossen Stolpe, statt. Es ist wohl als selbstverständlich anzunehmen, daß die Teilnahme eine ebenso rege sein wird, wie in früheren Jahren.

Rattowitz, 29. April. Gefahren der Arbeit. Auf eine gefährliche Weise ist auf der Blüchowitzgrube der Schürer Johann Michna um sein Leben gekommen. Er hatte einen sogenannten "Verjager". Als er den Vorort betrat, um die Pfändschur noch einmal anzukübeln, kam die Patrone zur Explosion. Er bekam die ganze brennende Ladung in den Kopf und in die Brust. Der Kopf wurde ihm vollständig zermetert. Der Tod trat nach wenigen Minuten ein.

Neustadt OS., 28. April. Ein bliffiger Bauerngutsbesitzer. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Bauerngutsbesitzer Glombika aus Jerschwitz wegen gefährlicher Bedrohungen zu verantworten. Im Dezember v. J. geriet der Angeklagte nach einer Jagd im Ostbause mit dem Stellenbesitzer Bauer in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf er den Bauer so in den Kriger biß, daß dieser amputiert werden mußte. Glombika wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem will der Bedrohte noch im Wege der Zivilklage gegen ihn vorgehen, da er in seiner Erwerbstätigkeit gehindert ist. — Ein teures Jagdvergnügen.

Posen, 29. April. Sulmierzyce — nicht mehr Sulmierzyce. Die amtliche Verdeutschung des Ortsnamens ist nunmehr vom Kammergericht bestätigt worden, an daß sich die städtischen Behörden, die für Sulmierzyce waren, im Klagenwege wandten.

Monarowitz (Posen), 29. April. In einem Bombenersticht. Das einjährige Töchterchen des Kaufmanns Gombmann bekam eine Lunte mit Bombons und suchte einige davon zu verschlucken. Beim Lutschen blieb ihm ein vierkantiger Bombon im Kehlkopf stecken und führte den Tod des Kindes durch. Erst in der Herbe. Der eiligst herbeigerufene Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Robens, 27. April. Ein glückliches Unglück eignete sich bei der Gutbesizerin Rannberg in Schafelbe. In einem der Arbeiterhäuser kürzte plötzlich ein großer Schornstein in sich zusammen. Die Bewohnerin, eine 70jährige Ausgebirgerin Bibold mit ihrer verheirateten Tochter Kästner auf dem Hause heraus, in demselben Augenblick stürzte auch der äußere Teil des Schornsteins herunter und erschlug die Mutter, während die Tochter Schabel, Arm- und Beinbrüche erlitt, wobei an ihrem Aufkommen gewweifelt wird.

Weseritz, 29. April. Von der Malfeier. Das Morde freigesprochen wurde vom hiesigen Schöffengericht die 37jährige Eigentümerin Anna Jankel, die am 20. Dezember v. J. den Tod der 66 Jahre alten Arbeiterin Juliana Göt in Neu-Baumt dadurch herbeigeführt haben sollte, daß sie die alte Frau mit Petroleum bespritzte und anzündete. Ihre Spur war durch den Berliner "Volkswacht" aufgefunden worden. Die Schöffengericht erachtete indes das gegen sie vorhandene Beweismaterial nicht für ausreichend, um die Schuldfrage auf Kopf zu heben. Dagegen wurde die Angeklagte wegen eines gegenüber der Göt verübten Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Abzahlungs-Geschäfte

Viermann, Max, Breslau, Ring 52, 1. Etage (neben der Stadtbibliothek). ...

Bandagisten

Hirt, W., Reichstr. 56, ...

Bäckereien und Konditoreien

Berger, G., Neue Taubentierstr. 78, ...

Berufskleidung

Julius Knebel, vorm. C. Fuhs, ...

Bier-Brauereien

Wasservereinigung, ...

Bilder-Einrahmung

W. H. Grönländer, ...

Briketts, Kohlen

Holt, P., ...

Butter-Handlungen

Och, Julius, ...

Destillationen

Holt, Alfred, ...

Drogen und Farben

Holt, Alfred, ...

Sanngart, Max

Sanngart, Max, ...

Gelegenheitskäufe

Sanngart, Max, ...

in Schirmen

Sanngart, Max, ...

Grammophone, Sprechmaschinen

Sanngart, Max, ...

Meißel, A.

Meißel, A., ...

Commiswaren

Meißel, A., ...

Eisen- u. Stahlwaren

Gärtner, Wilhelm, ...

Färberei u. Wäscherei

Rehling, W., ...

Fahrräder, Nähmaschinen

Rehling, W., ...

Fischer u. Delikatessen

Rehling, W., ...

Fleischereien

Rehling, W., ...

Friseur und Barbier

Rehling, W., ...

Galanterie- und Spielwaren

Rehling, W., ...

Gardinen, Teppiche

Rehling, W., ...

Kaffee, Tee

Rehling, W., ...

Kakao u. Schokoladen

Rehling, W., ...

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Rehling, W., ...

Kolonialwaren

Rehling, W., ...

Möbel-Magazine

Rehling, W., ...

Musik-Instrumente

Rehling, W., ...

Optiker

Rehling, W., ...

Papier- und Schreibwaren

Rehling, W., ...

Photographische Ateliers

Rehling, W., ...

Putz, Modes

Rehling, W., ...

Sargmozzine

Rehling, W., ...

Schirme, Stöcke

Rehling, W., ...

Schneiderei-Artikel

Rehling, W., ...

Schuhwaren und Schuhmacher

Rehling, W., ...

Zigarrenhandlungen

Rehling, W., ...

Haus- u. Küchengeräte

Caron, Hans, ...

Für Händler u. Wiederverkäufer

Caron, Hans, ...

Herren-Artikel

Caron, Hans, ...

Herren-Garderobe

Caron, Hans, ...

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Caron, Hans, ...

Kolonialwaren

Caron, Hans, ...

Möbel-Magazine

Caron, Hans, ...

Musik-Instrumente

Caron, Hans, ...

Optiker

Caron, Hans, ...

Papier- und Schreibwaren

Caron, Hans, ...

Photographische Ateliers

Caron, Hans, ...

Putz, Modes

Caron, Hans, ...

Sargmozzine

Caron, Hans, ...

Schirme, Stöcke

Caron, Hans, ...

Schneiderei-Artikel

Caron, Hans, ...

Schuhwaren und Schuhmacher

Caron, Hans, ...

Zigarrenhandlungen

Caron, Hans, ...

Haus- u. Küchengeräte

Caron, Hans, ...

Für Händler u. Wiederverkäufer

Caron, Hans, ...

Herren-Artikel

Caron, Hans, ...

Herren-Garderobe

Caron, Hans, ...

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Caron, Hans, ...

Kolonialwaren

Caron, Hans, ...

Möbel-Magazine

Caron, Hans, ...

Musik-Instrumente

Caron, Hans, ...

Optiker

Caron, Hans, ...

Papier- und Schreibwaren

Caron, Hans, ...

Photographische Ateliers

Caron, Hans, ...

Putz, Modes

Caron, Hans, ...

Sargmozzine

Caron, Hans, ...

Schirme, Stöcke

Caron, Hans, ...

Schneiderei-Artikel

Caron, Hans, ...

Schuhwaren und Schuhmacher

Caron, Hans, ...

Zigarrenhandlungen

Caron, Hans, ...

Haus- u. Küchengeräte

Caron, Hans, ...

Für Händler u. Wiederverkäufer

Caron, Hans, ...

Herren-Artikel

Caron, Hans, ...

Herren-Garderobe

Caron, Hans, ...

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Caron, Hans, ...

Kolonialwaren

Caron, Hans, ...

Möbel-Magazine

Caron, Hans, ...

Musik-Instrumente

Caron, Hans, ...

Optiker

Caron, Hans, ...

Papier- und Schreibwaren

Caron, Hans, ...

Photographische Ateliers

Caron, Hans, ...

Putz, Modes

Caron, Hans, ...

Sargmozzine

Caron, Hans, ...

Schirme, Stöcke

Caron, Hans, ...

Schneiderei-Artikel

Caron, Hans, ...

Schuhwaren und Schuhmacher

Caron, Hans, ...

Zigarrenhandlungen

Caron, Hans, ...

Haus- u. Küchengeräte

Caron, Hans, ...

Für Händler u. Wiederverkäufer

Caron, Hans, ...

Herren-Artikel

Caron, Hans, ...

Herren-Garderobe

Caron, Hans, ...

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Caron, Hans, ...

Kolonialwaren

Caron, Hans, ...

Möbel-Magazine

Caron, Hans, ...

Musik-Instrumente

Caron, Hans, ...

Optiker

Caron, Hans, ...

Papier- und Schreibwaren

Caron, Hans, ...

Photographische Ateliers

Caron, Hans, ...

Putz, Modes

Caron, Hans, ...

Sargmozzine

Caron, Hans, ...

Schirme, Stöcke

Caron, Hans, ...

Schneiderei-Artikel

Caron, Hans, ...

Schuhwaren und Schuhmacher

Caron, Hans, ...

Zigarrenhandlungen

Caron, Hans, ...

Nur wenige Geschäfte können noch im Bezugsquellen-Verzeichnis der Volkswacht Aufnahme finden, da der zu diesem Zwecke verfügbare Raum nahezu besetzt ist. Versäumen Sie nicht, Ihre Eintragung umgehend zu bewirken und bestellen Sie durch Postkarte den Besuch eines Vertreters in dieser Angelegenheit.

Deutscher Reichstag.

250. Sitzung. Mittwoch, den 28. April, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Nieberding. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Sicherung der Bauforderungen...

Abg. Dr. Mayer-Kaufmann (Zentr.): Der Gesetzesentwurf erfüllt nicht alle Wünsche der Bauhandwerker. Beschränkung war aber notwendig, damit durch Einschränkung der Bautätigkeit...

Abg. Bauhoffmann (Zentr.): Ich unterschreibe alles, was der Redner gesagt hat. Die Handwerkerkreise sind mit ganz geringen Ausnahmen von dem Gesetz vollständig befreit.

Abg. Bink (natl.): Die Regelung der Materie ist sehr schwierig. Ich hoffe, der Reichstag wird anerkennen, daß der Entwurf aus der Kommission nicht nur in vermehrter, sondern auch in verbesserter Vorlage vorgegangen ist.

eine Bauhypothek für Lohnrückstände von Bauarbeitern

bis zur Höhe des auf zwei Wochen entfallenden Lohnes den Vorrang vor den übrigen Bauforderungen hat. Dieser sozialen Bestimmung stimmen wir zu.

Abg. Dobe (freis. Vgg.): Die Kritik, die ich in der ersten Lesung an dem Entwurf übte, sollte ihn nicht unterminieren, sie entsprang vielmehr dem Gefühl, daß die Sicherheit des Hypothekenwessens ins Schwanken kommt...

Abg. Wömelburg (Soz.):

Der Abgeordnete Bauck hat besonders hervorgehoben, daß man in den Kreisen der Handwerker sich allgemein über das Gesetz freut. Ich glaube nicht, daß das den Tatsachen entspricht.

Der zweite Teil hat durch die Kommissionsbeschlüsse erhebliche Verbesserungen erfahren.

die Besserstellung der Sicherheitshypothek und den Vorrang, den auf Wunsch meiner Freunde die Lohnforderungen der Bauarbeiter erhalten sollen.

Nach der Vorlage muß ja durch landesherrliche Verordnung bestimmt werden, wo der zweite Teil eingeführt werden soll. Wenn wir keinen Antrag auf allgemeine Einführung stellen, so deshalb, weil die Wirkung des Gesetzes noch nicht im entferntesten abzuschätzen ist.

nur sehr kapitalkräftige Unternehmer in Frage kommen. Auch würde das Generalunternehmerium durch das Gesetz gefördert werden. Die einzelnen Handwerker würden die Aufträge nicht mehr unmittelbar erhalten.

unter den Bauhelfern ein Arbeiter

sein soll. Die bisherigen Redner haben sich gegen diesen Antrag erklärt. Das Gesetz wird ja nur in großen Interessengebieten, z. B. in Berlin und Vororten zur Anwendung kommen.

Abg. Dr. Mugdan (freis. Vpt.): Der Mittelstand, dem geholfen werden soll, kann durch das Gesetz leicht geschädigt werden. Die Handwerker könnten leicht zu Gunsten des Großkapitals zurückgedrängt werden...

Abg. Bepha (Vole): Meine Freunde stimmen dem Gesetz zu. Wir haben aber Bedenken bezüglich der ausführenden Organe und Personen.

Abg. Wieland (Deutsche Sp.): tritt für die Vorlage ein, die gewissenlosen Bauunternehmern endlich das Handwerk lege. Damit schließt die Generaldebatte.

Abg. Dr. Frank (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Unser Antrag ist nur eine Forderung der Gerechtigkeit und es ist lediglich eine Frage des guten Willens, daß den Arbeitern gegeben wird, was ihnen zukommt.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Das Bauhelferamt wird in vielen Fällen eine vermittelnde Tätigkeit entfalten müssen. Es wäre auf, wenn immer ein Bauarbeiter dabei ist.

Bei dem Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokraten, welcher bestimmt, daß durch landesherrliche Verordnung die Bestimmungen des Gesetzes über das Bauhelferamt abgeändert werden können, begründet

Abg. Dr. Frank (Soz.) den Antrag der Sozialdemokraten

den Paragrafen zu streichen. Eine derartige Bestimmung sei zu allgemein. Sie ist geradezu einzig dastehend in unserer Gesetzgebung.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt, ebenso ihr weiterer Antrag, die Bestimmungen zu streichen, wonach durch landesherrliche Verordnung die Bestimmungen des Bauhelferamt einander abzuheben, einem Beamten oder Notar übertragen werden können.

Der Rest des Gesetzes wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die zollwidrige Verwendung von Mais und Gerste, die zu einem niedrigeren Zollfuß als Futtergerste eingeführt worden sind und zu Brauzwecken nicht verwendet werden dürfen.

Abg. Speck (Zentr.): Die Vorlage will den Gerstenhandel wieder auf reelle Grundlagen stellen und ist deshalb mit Freunden zu begrüßen.

Staatssekretär im Reichsschatzamt Schöno: Die Klagen über die zollwidrige Verwendung der zu Futtergerste eingeführten Gerste sind zwar vielfach übertrieben. Da aber ein Anreiz dazu vorhanden ist, haben die verbündeten Regierungen den Wünschen des Hauses entsprechend, diesen Entwurf eingebracht.

Abg. Graf Kautz (Zentr.): Hoffentlich werden die hohen Strafen wirksam sein und die Defraudation verhindern.

Abg. Reuner (natl.) begrüßt den Entwurf ebenfalls. Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abg. Karlens (fr. Vpt.), Vogt-Hall (wirtsch. Vgg.), Hilbert (Bauer. Bauernbund) wird der Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Interpellation Albrecht und Genssen (Soz.) betr. Arbeiterpensionskassen von Arbeitgebern). Schluß 7 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung. Mittwoch, den 28. April, Vormittags 11 Uhr.

An Ministertisch: Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopf. Die zweite Beratung des Kultusetats

wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. von Zedlitz (freis.): Gegenüber den Ausführungen des Herrn Hoffmann ist mir auf eine Bemerkung Herr Hoffmann ist für die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule eingetreten. Nach unserer Meinung ist die Volksschule gerade dazu berufen, die Kinder zu guten Menschen, zu guten Christen und guten Patrioten zu erziehen.

Abg. Hoffmann: Der zuletzt sagt, laßt am besten! Sehr interessant war, daß Herr Hoffmann sich bereit erklärte, einen noch höher dotierten Kultusetat zu bewilligen.

Abg. Hoffmann: Bringen Sie nur erst einen wirklichen Kultusetat ein!

Würden denn die Sozialdemokraten überhaupt für den Etat stimmen? Gehört Herr Hoffmann zu der Minorität der Eiddenklichen, die sich ablehnen gegen den Nürnberger Parteitag beschluß? Ich das nicht der Fall, so ist eine solche Erklärung doch nur eitel Renommance.

Abg. Szrenroth (Zentr.): Ein Mensch, der nichts anderes mit

Aus aller Welt.

Kinderaussetzung auf dem Gerichtstisch. Auf ungewöhnliche Art hat sich die Krankenpflegerin L., die dieser Tage in einem Alimentationsprozeß vor dem Amtsgericht in Hannover als Hauptzeugin erschien, ihres Kindes entledigen wollen.

Das größte Glockenspiel der Welt wird der Danziger Katharinenkirche...

Das größte Glockenspiel der Welt wird der Danziger Katharinenkirche, der bekanntlich einem zündenden Witz zum Opfer fiel und nunmehr fast völlig wieder fertig aufgebaut ist, erhalten. Die Glocken werden demnach eingebaut zwischen acht schlanken Säulen, die die schwere Turmhöhe tragen.

Die Genidstarr in Westfalen. In Klettenberg in Westfalen sind an der Genidstarr soviel Personen erkrankt, daß der Verkehr vollständig isoliert werden mußte.

Neue Erdbeben in Portugal. Aus Lissabon wird gemeldet: In Coruche (Distrikt Santarem) wurde ein Erdbeben verspürt, das Schaden anrichtete.

Falschspieler an Bord der Ozeandampfer. Die zum sammengewirkte Welt der Passagiere eines Ozeandampfers bietet den internationalen Falschspielern immer wieder Gelegenheit, das „Glück zu korrigieren“.

Die Welt der Ausfäskigen. Wohl niemandem auf der Welt ist ein Wandersünder-Apparat je zu einer solchen Fülle der Freude geworden, wie der Bewohnerhaft der Ausfäskigen-Ansiedelung in Molokai auf Hawaii.

Die Rache des Afrikaner. Aus Petersburg schreibt man Berliner Blättern: Von einer barbarischen Bestrafung einer irrenlosen Frau durch einen grünen Fürsten wissen russische Blätter aus Afrika folgendes zu berichten: Fürst Strassnikoff, der zu den begütertesten Großgrundbesitzern des Gouvernements gehört, ist bei dem grünen Adel wegen seines ehenen Störchens und der Wildheit seines Temperaments berüchtigt.

wacht von einer Schar bissiger Doggen und von Dienern, die den Hunden an Wildheit nichts nachgaben. Der Liebe wie dem Mitleid unzugänglich, hauste der gealtätige Fürst hier wie ein mittelalterlicher Zwingerherr und machte mit seinen Wutausbrüchen seiner Frau das Leben zur Hölle.

